Nr. 160. Halle (Saale), Mittwoch, den 11. Juli 1917. 28. Jahrg.

Das Volksblatt erscheint jeden Werktag nachmittag. Der monatliche Bezugspreis beträgt 80 Pf. frei ins Haus. Durch die Post 70 Pf. oder vierteljährlich Mk. 2,10 ohne Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (wöchentlich erscheinende Unterhaltungs-Beilage) kostet monatlich 10 Pfg.

Schriftleitung: Harz 40/44. Fernsprech. 1045. Sprechstunde: werktags von 12—1 Uhr mittags.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Die Anzeigengebühr beträgt für die 40 mm breite Kolonelzeile 30 Pf., deren Raum 30 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 Pf., Anzeigen unter Text (60 mm breite Kolonelzeile) 75 Pf.

Anzeigen für die nächste Ausgabe sind bis morgens 10 Uhr in der Geschäftsstelle oder bis 9 Uhr in den Filialen aufzugeben. (Größere Anzeigen möglichst am Tage vorher).

Hauptgeschäftsstelle: Harz 42/44. Fernsprecher 1047. Geöffnet: werktags ununterbrochen 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, 11. Juli 1917. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Im Dünenabschnitt des Marinekorps stürmten gestern Teile der kampfbewährten Marineinfanterie nach planmäßiger, wirkungsvoller Feuervorbereitung die von den Franzosen stark ausgebauten, seit kurzem von den Engländern übernommenen Verteidigungsanlagen zwischen der Küste und Lombartzyde. Der Feind wurde über die Yser zurückgeworfen. Ueber 1250 Gefangene, dabei 27 Offiziere, sind eingebracht worden; die englischen Verluste in dem stark beschossenen Gelände zwischen Meer und Fluß sind sehr hoch, die Beute steht noch nicht fest.

Wiederum trugen unsere Flieger in tatkräftiger Weise trotz heftigsten Sturmes zum vollen Erfolg des Tages wesentlich bei.

Bei den anderen Armeen der Westfront hielt sich infolge regnerischen Wetters die Gefechtstätigkeit in geringen Grenzen. Einige Erkundungsunternehmungen von sächsischen, rheinischen und Gardetruppen bei Reims, östlich der Argonnen und zwischen Maas und Mosel zeitigten gute Ergebnisse.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen Ostsee und Schwarzem Meer keine größeren Kampfhandlungen.

Die Bewegungen südlich des Dnjestr sind bisher, wie geplant, vollzogen worden.

Mazedonische Front. Bulgarische Streifabteilungen rieben östlich des Doiran-Sees einen englischen Posten auf. In der Struma-Ebene schoß die englische Artillerie mehrere Ortschaften in Brand.

Die Schlacht in Ostgalizien.

Wien, 10. Juli. Amtlich wird verlautbart: Oestlicher Kriegsschauplatz. Bei der Heeresfront des Generaloberst Erzherzog Joseph regere Erkundungs- und Artillerietätigkeit. Bei Stanislau entbrannten gestern früh erneut heiße Kämpfe. Die verbündeten Truppen schlugen mehrere Angriffe ab, wurden jedoch abends vor dem zunehmenden Druck der feindlichen Massen hinter den unteren Lukowica-Bach zurückgeführt. Der Gegner drängte die Nacht über nicht nach.

Nördlich des Dnjestr verhielten sich die Russen ziemlich ruhig. Unsere Sturmtrupps arbeiteten mit Erfolg. Zwischen der galizischen Grenze und der Ostsee lebte vielfach das Geschützfeuer auf.

Zur russischen Offensive schreibt die russische sozialistische Zeitung Wolna: Die vom Kriegsminister Kerenski anbefohlene Offensive muß unter den gegenwärtigen Verhältnissen Rußlands als ein schreiendes Verbrechen gelten. Die vorläufige Regierung enthüllt zynisch ihre anarchistischen Pläne und bringt damit das arme Land an den Abgrund. Die Offensive in einem Augenblick, wo Rußland von einer unfähigen Regierung geleitet wird, welche den Frieden weder geben will noch kann, ist eine Rebellion gegen die Revolution. Die gegenwärtige Offensive kann als die größte Stütze der imperialistischen Politik aller Regierungen gelten. Kerenskis Befehle werden wir mit einer kräftigen Offensive gegen die Reaktion beantworten. Die in Stockholm versammelten Sozialisten vernehmen sich jetzt um eine große Zahl russischer Parteiführer der radikalen Menschewiki-Gruppe.

Amerika und die Neutralen.

Die Hungerschraube.

Aus Washington meldet Reuter: **Es ist angeordnet worden, die Regierungskontrolle über die amerikanische Ausfuhr am 16. Juli in Wirksamkeit zu setzen, zusammen mit der heute abend ausgegebenen Erklärung Wilsons, die verlangt, daß die Verschiffung der wichtigsten Ausfuhrgegenstände besonderer Bewilligung bedürfen soll.** In der Erklärung, die die Proklamation begleitet, sagt der Präsident, daß die Politik der Regierung zunächst die amerikanischen Bedürfnisse in Betracht ziehen muß, dann soweit als möglich die Bedürfnisse der Alliierten und schließlich die Versorgung der Neutralen, soweit sie sich durchführen läßt.

Es wird klar gemacht, daß alle Anstrengungen gemacht werden sollen, um zu verhindern, daß Waren zu den Mittelmächten gelangen. Die unter Aufsicht gestellten Waren sind Kohle, Koks, Brennöle, Petrolium, Gasolin einschließlich des für Bunker verwendeten; von Nahrungsmitteln Korn, Mehl, Futter, Fleisch und Fett; Roheisen, Stahlbarren, Platten und Bauteile für Schiffe, Alteisen, Altstahl, Manganeisen, Düngemittel, Waffen, Munition und Sprengstoffe. Der Einschluß der Nahrungsmittel läßt die Erklärung wahrscheinlich erscheinen, daß die Regierung prüft, ob es ratsam ist, ein vollständiges Ausfuhrverbot für zwei Monate auf jede Verschiffung von Nahrungsmitteln zu legen, um den Umfang von Amerikas Vorräten festzustellen und den Alliierten und Neutralen Gelegenheit zu geben, ein vollständiges Programm ihres Bedarfs vorzulegen.

Weiter heißt es: Es ist offenbar Pflicht der Vereinigten Staaten, bei der Freigabe unserer Mehrerzeugung über den eigenen Bedarf hinaus zunächst die Bedürfnisse aller Nationen zu berücksichtigen, die am Kriege gegen die Mittelmächte teilnehmen. Was die Neutralen anbetrifft, müssen wir indessen auch unsere Pflicht erkennen. Die Regierung wünscht sie nicht zu behindern, sondern wünscht im Gegenteil sie mit allen gerechten und billigen Mitteln in ihrer schwierigen Aufgabe zu unterstützen und von unserem vorhandenen Ueberfluß ihre Vorräte zu ergänzen und dringendem Mangel abzuhelfen. Wenn die Regierung die Fehlbeträge an Lebensmitteln in Betracht zieht und dem drückenden Mangel abhilft, so erfüllt sie nur ihre klare Pflicht, wenn sie sich dessen versichert, daß die Neutralen mit ihren eigenen Vorräten sparsam umgehen, so daß unsere Waren weder direkt noch indirekt dazu dienen, den Feind zu versorgen."

Stockholm, 10. Juli. Laut Allehanda meldet die Times aus Washington, die Vertreter derjenigen neutralen Staaten, die durch die Embargoerklärung betreffend die Lebensmittelausfuhr berührt werden, seien stark besorgt. Der Gesandte Schwedens und diejenigen Hollands und Dänemarks hätten betont, daß die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten nicht den größeren Vorteil aus ihrem harten Auftreten in den Ausfuhrfragen ziehen würden.

Meldungen vom U-Boot-Kriege.

Berlin, 10. Juli. 1. Neue U-Boot-Erfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatze 24 500 Tonnen. Unter den versenkten Schiffen befanden sich die englischen Dampfer Elefe (5557 Tonnen) mit Munition und Weizen von Boston nach Liverpool, English Monarch (4947 Tonnen) mit 8000 Tonnen Kohlen von Glasgow nach Livorno.

2. Fliegerangriffe auf russische Stützpunkte in der östlichen Ostsee. In den letzten Tagen sind von unseren Flugzeuggeschwadern der nordkurländischen Küste die Batterien, Kasernen und Hafenanlagen bei Zerel und Arensburg auf der Insel Oesel erfolgreich und wiederholt mit Bomben belegt worden, wobei Treffer und langandauernde Brände beobachtet wurden. Trotz heftiger Beschießung durch feindliche Batterien sind unsere Flugzeuge von allen Unternehmungen unversehrt zurückgekehrt. (Amtlich.)

Ein Personendampfer untergegangen. Paris, 10. Juli. (Havasmeldung.) Der Dampfer Kaledonien (4180 Tonnen) der Messageries Maritimes ist am 30. Juni im östlichen Mittelmeer infolge Explosion einer Mine oder eines Torpedos gesunken. Er hatte 430 Personen an Bord, von denen 330 gerettet sind.

Zersplitterung in Rußland

Unabhängigkeitserklärung der Ukraine.

Wien, 10. Juli. (W. T. B.) Dem Neuen Wiener Tagblatt zufolge erhielt der Abgeordnete Nikolai Ritter von Wassilko über Stockholm von dem ukrainischen sozialrevolutionären Rate in Kiew eine Depesche, die besagt: Der ukrainische Zentralrat in Kiew hat eine **selbständige ukrainische Republik proklamiert** und sich als ukrainische Regierung konstituiert. Vorläufig wurde je ein ukrainischer Reichsverweser für Krieg, Marine, Justiz und Finanz und ein Minister des Aeußern ernannt. In einer Proklamation an die Bevölkerung wird mitgeteilt, daß Steuern von nun an nur für die neue ukrainische Regierung einzunehmen sind.

Die Petrograder Pravda teilt mit, daß ein Allukrainischer Soldaten-Kongreß am 11. Juli einen „Universalakt" angenommen hat, in dem es heißt: „Ohne sich von Rußland abzutrennen, ohne mit dem russischen Staate zu brechen, soll das ukrainische Volk das Recht besitzen, auf seiner Erde selbst über sein Leben zu entscheiden. Alle Gesetze, die hier in Ukraine die Ordnung sichern sollen, hat nur unsere Ukrainische Versammlung das Recht zu bewilligen; die Gesetze über die Ordnung in dem ganzen russischen Staate soll das allrussische Parlament herausgeben." Die Pravda warnt das revolutionäre Rußland davor, mit der Gewährung voller Freiheit für die Ukraine noch zu zögern. Auch die Bolschewiki seien keine Anhänger des Kleinstaaterlumps. Aber eben deswegen müsse das Recht der Ukraine auf volle Selbstbestimmung, auch auf Abtrennung von Rußland, unbedingt anerkannt werden. Der verflochte Zarismus habe aus den Großrussen Henker des ukrainischen Volkes gemacht. Den dadurch entstandenen Haß und das grenzenlose Mißtrauen zu überwinden, könne nur der unbedingten Anerkennung der ukrainischen Freiheit gelingen. Andernfalls sei die vollständige Trennung der Ukraine von Rußland nicht aufzuhalten.

Die Einberufung der konstituierenden Versammlung

auf den 13. Oktober feiern die russischen Linkssozialisten als einen großen Sieg ihrer revolutionären Arbeit. Die Liberalen hätten alles daran gesetzt, die Wahlen hinauszuschieben, um in der Zwischenzeit vollendete militärische Tatsachen oder sonstige Ereignisse zu schaffen, die ihre Stellung verbesserten. Aber die wachsende Unruhe im Lande und die Verschärfung der Wirtschaftskrise habe die provisorische Regierung zu raschem Entschlusse gezwungen. Die nächsten Monate würden in Rußland unter dem Zeichen des schärfsten politischen und sozialen Kampfes stehen.

Die Geheimverträge werden, wie die russische Regierung jetzt erklären läßt, nicht veröffentlicht werden. Sie würden ja geändert werden, hätten aber so keine Bedeutung mehr.

Die jetzt beschlossene Nichtveröffentlichung der mit der Entente abgeschlossenen Verträge legt doch die Vermutung recht nahe, daß man mancherlei zu verschweigen hat.

Zwangsdienst für Frauen? Laut der Petersburger Börsenzeitung setzte Kriegsminister Kerenski eine Kommission zur Ausarbeitung eines Gesetzes über den Frauenarbeitszwang ein. Die Frauen sollen zwangsweise zur Arbeit für das Kriegsressort herangezogen werden. (?) An den Beratungen darüber nahmen Vertreterinnen demokratischer Frauenvereine teil. Die Vorarbeiten sollen in 14 Tagen zu Ende geführt werden.

Die Krise noch ungelöst.

Am Montag abend hat unter dem Vorsitz des Kaisers ein Kronrat stattgefunden, an dem sämtliche preußische Minister und Staatssekretäre der Reichsämter und die Leiter der Kriegswirtschaftsstellen, Unterstaatssekretär Michaelis und General Groener teilgenommen haben. Von diesem Kronrat erwartete man die Lösung. In den Morgenblättern wurden die wildesten Gerüchte verbreitet über umfangreiche Aenderungen in den Regierungsämtern; so ein halbes Dutzend preußischer Minister und einige Staatssekretäre sollten fallen und an ihre Stelle die Parlamentarier treten, die dann das Koalitionsministerium darstellen sollten. Alle diese Gerüchte haben sich als falsch erwiesen. Der Reichskanzler erschien um 9 Uhr im Hauptausschuß des Reichstages und erklärte dort, er sei nicht in der Lage, über irgendwelche Beschlüsse des Kronrates zu berichten. Der Hauptausschuß vertagte sich darauf hin, um eine Klärung der Lage abzuwarten.

Inzwischen gehen die Gerüchte weiter. Es wird immer noch die Frage lebhaft erörtert, inwieweit die Stellung des Kanzlers erschüttert ist und inwieweit der Kaiser den Wünschen auf Durchsetzung der Regierung mit Parlamentariern Entgegenkommen zeigen werde. Irgendein Entlassungsgesuch von Ministern scheint überhaupt noch nicht eingereicht zu sein. Auch Bethmann Hollweg scheint nicht daran zu denken, abzutreten, obwohl die Nationalliberalen in ihrer Fraktionssitzung ihm gegenüber eine sehr unfreundliche Haltung eingenommen haben sollen. — Es heißt, daß eigentlich nur die Regierungssozialisten und die Fortschrittler unentwegt zum Kanzler stehen, daß man dagegen im Zentrum und bei den Nationalliberalen einen Kanzlerwechsel für die Voraussetzung weiterer gedeihlicher Arbeit ansieht.

Die Fraktionsführer der vier Parteien, die an der neuesten Aktion beteiligt sind, haben wieder getagt. Ueber Beschlüsse wird noch nichts berichtet. Die Einigkeit scheint auch noch ziemlich weit im Felde zu sein. So haben die Nationalliberalen in ihrer Fraktionssitzung einen Frieden ohne Annektionen und Kriegsentschädigungen abgelehnt. Auch in der Frage der „Neuorientierung" sollen sie durchaus nicht gewillt sein, sich auf das „parlamentarische System" festzulegen. Hierbei würden sie sich mit dem Zentrum treffen, das vom eigentlichen parlamentarischen System auch nichts wissen will und das sich vielleicht von heute auf morgen wieder mehr nach rechts einorientieren wird; es wird schon berichtet, daß Freiherr von Zedlitz sich bemühe, die locker gewordenen Fäden zwischen Zentrum und Konservative wieder festzuknüpfen, und daß Konferenzen zwischen dem Zentrumsführer des preußischen Landtags Porsch, Heydebrandt und Zedlitz stattgefunden haben.

Am hoffnungsfreudigsten ist noch der Vorwärts gestimmt, der sich schon als wirkliches offizielles Regierungsorgan zu sehen scheint. Während sonst die Gesamtpresse zugesteht, daß die Situation noch durchaus nebelhaft sei und man nicht wissen könne, welche Lösung die nächsten Stunden oder Tage bringen, prophezeit der Vorwärts:

„Die Entwicklung steuert zur Bildung einer parlamentarischen Regierung der nationalen Verteidigung. Sie wird uns den Frieden bringen, den wir brauchen, um als freies Volk unter freien Völkern leben zu können.

Ist dieses Ziel einmal als richtig erkannt, so muß darauf zugesteuert werden mit ganzer Kraft, ohne Schwanken und ohne sentimentale Rücksichten."

Daß es den Abhängigen an gutem Willen nicht fehlt, Regierungsgeschäfte zu übernehmen, konnten wir schon wiederholt feststellen, der andere Teil scheint nur gegen alle diese Anerbietungen recht schwerhörig zu sein.

•

Die Stellung des Zentrums zu den Krisenfragen wird von der Germania in einem ihr aus parlamentarischen Kreisen zugesandten Artikel gezeichnet. Einleitend wird hervorgehoben, daß die von Erzberger unternommene Aktion eine Kriegszielerklärung zum Zweck habe, in der das Bekenntnis zum Kriegsprogramm vom 4. August 1914 erneuert und ein Verständigungsfriede gefordert wird.

Diese Forderungen werden durch folgende proklamatische Darlegungen begründet:

„1. Die Entente hat unser Friedensangebot vom 16. Dezember nicht nur mit Spott und Hohn zurückgewiesen, sondern auch mit allen Mitteln versucht, seine Wirkung auf die Friedensstimmung der Völker zu zerstören . . . Dabei ist besonders der Umstand für Deutschland nachteilig gewesen, daß unsere bisherigen Kriegszielerklärungen Erklärungen der Regierung waren, die von der Entente hingestellt wurden, als seien sie ein Machwerk der „preußischen Militärkaste", des „kaiserlichen Absolutismus" usw. Bei der geringen Kenntnis der innerdeutschen Zustände im Ausland ist es nicht zu verwundern, wenn diese Verdächtigungen einen größeren Glauben gefunden haben, als uns in Deutschland bewußt ist. Um diesen Machenschaften endgültig die Spitze abzubrechen, soll nunmehr das deutsche Volk durch den auf Grund des freieisten und demokratischsten Wahlrechtes gewählten Reichstag eine unzweideutige Willenskundgebung für die deutsche Kriegszielpolitik hinausgehen. Es wird damit unseren Feinden unzweideutig zum Bewußtsein gebracht — was uns längst selbstverständlich war —, daß sie nicht allein mit dem Kaiser, mit den „preußischen Junkern", mit der „Militärkaste", sondern mit dem ganzen deutschen Volke Krieg führen, und daß dieses Volk entschlossen ist, diesen Kampf um Freiheit und Selbständigkeit bis zum

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170711-16/fragment/page=0001

letzten Blutstropfen zu führen und alle Beschwerdnisse und Leiden zu ertragen.

2. Um diese Idee zur vollen Geltung zu bringen, ist es notwendig, daß auch die Regierung sich zu diesem Standpunkt bekenne. Der Reichskanzler hat in der Haushaltskommission unter Hinweis auf seine früheren Aeußerungen bezüglich der Kriegsziele die Idee an sich akzeptiert. Damit würde es jedoch nicht genug sein. Der Ernst dieser Kundgebung wird nur dann seine volle Würdigung finden, wenn das deutsche Volk durch eine parlamentarische Vertretung verantwortlich mit an der Regierung beteiligt wird. Es soll damit den nichtsnutzigen Versuchen Englands die Spitze abgebrochen werden, seinen Ententefreunden zu suggerieren, daß die deutsche Regierung schließlich doch mache, was sie wolle, und ihrem Reichstag nicht verantwortlich sei. Es wird deshalb die Bildung einer Art Koalitionsministeriums vorbereitet, in das führende Parlamentarier aller Parteien eintreten werden. Damit würde die Geschlossenheit und Einigkeit zwischen Volk, Regierung und Kaiser nicht bloß nach außen hin dokumentiert, sondern praktisch verwirklicht und aktionsfähig gestaltet. Ueber die Form dieses neuen Systems bedarf es keines Kopfzerbrechens. Vor allem wäre es falsch, das neue System anzupreisen als Uebergang zu einem parlamentarischen Regierungssystem in mechanischer Nachahmung des englischen Vorbildes. Das neue System wird der deutschen Eigenart und dem historischen Werdegang des Reiches unter vollster Wahrung seines bundesstaatlichen Charakters angepaßt.

3. Die Osterbotschaft des Kaisers bedarf ihrer Erfüllung. Da mit einem schnellen Kriegsende nicht zu rechnen ist, so wird es zur gebieterischen Notwendigkeit, die innerpolitischen Reformen in Preußen schon jetzt in Angriff zu nehmen. Es soll auch dadurch den feindlichen Verdächtigungen die Spitze abgebrochen werden — die besonders in Rußland eine große Rolle spielen —, als sei die Osterbotschaft ein Versprechen, das nachträglich nicht gehalten würde. Deshalb wird in Preußen unverzüglich die Reform des Wahlrechts einzuleiten sein. Unter den gegebenen Verhältnissen kann nur das gleiche, geheime und direkte Wahlrecht unter Anpassung an die preußischen Verhältnisse in Betracht kommen. Daraus erwächst die Notwendigkeit, daß auch im preußischen Ministerium eine Homogenität für diese Reform herbeigeführt wird. Das wird auch hier einen Wechsel der Personen zur Folge haben; in welchem Umfange steht noch dahin."

Soweit der parlamentarische Mitarbeiter der Germania. Das sogenannte parlamentarische System wird auch in diesem Programm abgelehnt. Die Germania unterstreicht die Ablehnung in ihrer Nummer vom 10. Juli noch besonders, indem sie hervorhebt, daß sie sich nicht sehr gut vorstellen könne, wenn der Kanzler sich diesem System gegenüber völlig ablehnend verhalte. Was die Zentrumsleute wollten, und was die Presse der Linken als kommendes parlamentarisches System ausgeben möchte, sei eigentlich nur eine engere und innigere Fühlungnahme zwischen Regierung und Parlament. Wenn die Linksliberalen und Regierungssozialisten sich also mit dem Zentrum auf ein innerpolitisches Programm einigen, dann wird von vornherein daran festzuhalten sein, daß die Liberalen und Sozialisten unter dem parlamentarischen System etwas ganz anderes verstehen und meinen als das Zentrum, denn die ersteren wollen nicht nur eine andere Stellungnahme zwischen Regierung und Parlament, sondern Anteilnahme an der Regierung unter der Mitübernahme der Verantwortung für diese.

•

Der Reichskanzler — schweigt!

Berlin, 10. Juli. (W. T. B.) Der Hauptausschuß trat um 9 Uhr zusammen. Der Abgeordnete Ebert ersuchte den anwesenden Reichskanzler um Mitteilung, was sich gestern im Kronrat zugetragen hätte, da die Kenntnis der Ergebnisse des Kronrates notwendig sei für eine fruchtbare weitere Debatte. Der Reichskanzler bestätigte, daß gestern der Kronrat zusammengetreten sei, erklärte aber weiter, er könne Mitteilungen über das Ergebnis der Beratungen noch nicht machen. Darauf beantragte der Abgeordnete Ebert die Vertagung des Ausschusses, die beschlossen wurde.

Geht er oder bleibt er? Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Dem Vorgehen des Berliner Lokalanzeiger entsprechend verbreiten heute auch die Berliner Neuesten Nachrichten die Angabe, der Reichskanzler habe gestern im Hauptausschuß sein Verbleiben im Amt aus vaterländischem Interesse für notwendig erklärt. Wir stellen fest, daß diese Angabe eine reine Erfindung ist.

Berlin, 10. Juli. Der Reichskanzler empfing im Laufe des Nachmittags verschiedene Parteiführer.

„Aus der Luft gegriffen." Berlin, 10. Juli. (W. T. B.) Die Pressenachrichten über Vorschläge, die der Minister des Innern Seiner Majestät dem Kaiser gemacht haben soll, sind, wie wir (W. T. B.) feststellen ermächtigt sind, durchweg unzutreffend und aus der Luft gegriffen.

Noch eine „Erfindung". Wien, 10. Juli. Die von der Nsl. Ztg. am 8. Juli gebrachte telegraphische Meldung aus Wien, wonach der Abgeordnete Eraßberger vor einigen Tagen in Wien geweilt habe und vom Kaiser Karl in Audienz empfangen worden sei, ist frei erfunden. Hiermit entfallen auch alle an diese Nachricht geknüpften Kommentare und Kombinationen.

Kaiser und Kanzler.

Berlin, 10. Juli. (W. T. B.) Im Anschluß an den gestrigen Kronrat hat S. M. heute in mehrstündiger Besprechung die schwebenden Fragen und deren Lösung mit dem Reichskanzler erörtert. Auf Befehl des Kaisers trifft morgen der Kronprinz zur Teilnahme an den in Aussicht genommenen Besprechungen in Berlin ein.

Stockholm.

Die Tätigkeit der abhängigen in Stockholm

wird von dem Abgeordneten Göhre in einem langen Artikel gewürdigt; Göhre hat den Artikel anscheinend geschrieben, um den Beweis zu bringen, daß die Regierungssozialisten in Stockholm nicht, wie es von den Alldeutschen behauptet wird, als Internationale, sondern als Deutsche aufgetreten sind. Er führt zum Beweise die Reden Eberts, Scheidemanns und Davids an und faßt sein Urteil darüber in folgendem Satze zusammen: **„Es war eine ruchlose Verteidigung Deutschlands und der deutschen Regierung."** Dann die Denkschrift. Auch diese diene in allen Teilen deutschen Interessen. „Wiederum also" — so versichert Göhre erneut — „nichts wie deutsche Politik, die in dieser Denkschrift der deutschen Sozialdemokraten gemacht wird. Es sind allein deutsche Interessen, die in ihr eindeutig und unverblümt vertreten werden." — Dieser deutsche Charakter der regierungssozialistischen Denkschrift ergebe sich auch aus dem Widerhall, den die Denkschrift bei den Ententesozialisten gefunden. Die ganze Kritik sei ein einziger Vorwurf, **daß die Haltung der Deutschen in Stockholm deutsch und nur deutsch gewesen sei.** Selbst in der Antwort, die Scheidemann und David dem französischen Munitionsminister Thomas gegeben, komme nur **deutsches Selbstbewußtsein, Verteidigung deutscher Verhältnisse und der deutschen Regierung** zum Ausdruck.

Herr Göhre hat recht, wenn er sich angesichts so vieler Beweise von der guten Gesinnung der Regierungssozialisten darüber aufregt, daß die alldeutsche Presse immer noch nicht mit den Scheidemännern zufrieden ist.

Der „Fall" Grimm. Der Bericht, den die Kommission zur Untersuchung der Grimm-Affäre an die dritte Zimmerwald-Konferenz erstattet, stellt fest, daß Grimm in keiner Weise deutscher Agentschaft verdächtigt ist, daß er im Interesse eines allgemeinen, nicht eines Sonderfriedens vorging und so die Sicherung der russischen Revolution im Auge hatte. Getadelt wird seine Eigenmächtigkeit, begangen durch Nichteinweihung der übrigen Zimmerwalder, und sein geheimdiplomatisches Vorgehen.

Flämische Delegierte. Am Montag trafen die sozialistischen Verfechter der flämischen Unabhängigkeit, Joris und Primo aus Antwerpen, ein. Die Genossen Troelstra und Albarda, die durch parlamentarische Pflichten zu einer Reise nach Holland veranlaßt waren, sind wieder angekommen. Das Holländisch-skandinavische Komitee verhandelt heute mit den Russen.

Oesterreichs Nationalitätenkrise.

Von Therese Schlesinger (Wien).

Daß die Programmrede des nun bereits gestürzten Ministerpräsidenten Clam-Martinic bei Eröffnung des österreichischen Abgeordnetenhauses nichts anderes als ein Ausdruck der peinlichsten Verlegenheit sein werde, das stand von vornherein zu erwarten. Eine eigene leitende Idee konnte diesem „führenden" Staatsmanne nicht zugetraut werden, und andererseits wären die Schwierigkeiten, die der Tätigkeit dieses Hauses entgegenstehen, auch durch eine viel stärkere Regierung als die des Grafen Clam war, nicht zu meistern.

Der Rede des Ministerpräsidenten waren Erklärungen der nationalen Parteien vorangegangen, auf die zu antworten sich Clam-Martinic gezwungen fühlte, wodurch seine Ausführungen einen abhandelnden Charakter erhielten. Wohl in keinem andern Parlament der Welt könnte es dem Ministerpräsidenten entfallen, den weiteren Bestand des Staates feierlich als sein Regierungsprogramm zu proklamieren. Angesichts der Schwierigkeiten aber, auf die Clam-Martinic gleich zu Anfang der Tagung stieß, muß das von ihm proklamierte Regierungsprogramm viel eher als eine Utopie, denn als eine platte Selbstverständlichkeit erscheinen.

In der langen Friedenszeit, meinte er, sei in dem öffentlichen Bewußtsein die grundlegende Bedeutung des Staatsganzen einigermaßen in den Hintergrund getreten. Partikulare und nationale Bestrebungen schoben sich vor. Auch in einer Reihe der jüngst vorgebrachten Deklarationen sei das Bekenntnis zum Staate nicht in jener deutlichen Weise hervorgetreten, wie es Graf Clam nach fast drei Jahren Krieg erhofft hatte. „Das Programm der Regierung ist Oesterreich. . . . . Aber auf den ersten Blick zeigt es sich, daß die Programme, die wir gehört haben, schon deshalb nicht nebeneinander verwirklicht werden können, weil sie sich wechselseitig durchkreuzen, weil sie miteinander geradezu im Widerspruch stehen."

Tatsächlich enthielt jede einzelne jener Erklärungen eine Absage an Oesterreich und die Forderung nach staatlicher Selbständigkeit für das Territorium, das von jener Nation in Anspruch genommen wird, die der betreffende Abgeordnete vertritt. Eine Ausnahme bildete nur die Erklärung des deutschen Nationalverbandes.

Kein Wunder, wenn der Ministerpräsident angesichts dieses nationalen Ansturms von allen Seiten nicht viel anderes zu sagen wußte, als daß die Formen zur Lösung der großen Aufgaben, die alle zusammen das österreichische Problem bilden, **in den einfachsten Worten liegt: „Seien wir alle vor allem Oesterreicher!", und wenn dieser Beschwörungsruf nur bei seiner deutschnationalen Gefolgschaft Beifall, bei fast allen** andern Parteien aber Widerspruch fand.

Sehr treffend sagte im weiteren Verlauf der Debatte der sozialdemokratische Abgeordnete Renner, sonst ein sehr guter Oesterreicher, daß der österreichische Staat seinen Bestand vor seinen eigenen Völkern wie vor den Nachbarn erst rechtfertigen müsse.

Die Stellung der österreichischen Sozialdemokratie zur Nationalitätenfrage ist gekennzeichnet durch das Nationalitätenprogramm, das auf dem Brünner Parteitag 1899 beschlossen wurde. Dieses Programm hat zwar in der Parteiliteratur manche Kritik erfahren, so insbesondere durch Otto Bauer, Karl Kautsky und Joseph Strasser, und wird sicher, ehe es zu praktischer Anwendung kommen kann, noch sehr der Erörterung bedürfen. Vorläufig aber wird es von seinem Verfasser Karl Renner noch in unveränderter Form vertreten und ist auch in der letzten Reichsratsdebatte von ihm ausführlich propagiert worden.

Die wichtigsten Bestimmungen dieses Programms lauten:

1. Oesterreich ist umzubilden in einen demokratischen Nationalitätenbundesstaat.

2. An Stelle der historischen Kronländer werden national abgegrenzte Selbstverwaltungskörper gebildet, deren Gesetzgebung und Verwaltung durch Nationalkammern, gewählt auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts, besorgt wird.

3. Sämtliche Selbstverwaltungsgebiete einer und derselben Nation bilden zusammen einen national einheitlichen Verband, der seine nationalen Angelegenheiten völlig autonom besorgt.

4. Das Recht der nationalen Minderheiten wird durch ein eigens vom Reichsparlament zu beschließendes Gesetz gewahrt.

5. Wir erkennen kein nationales Vorrecht an, verwerfen daher die Forderung einer Staatssprache; wieweit eine Vermittlungssprache möglich ist, wird das Reichsparlament bestimmen.

In seinem einleitenden Teil fordert das Brünner Programm als Vorbedingung für die ersprießliche Durchführung der nationalen Autonomie die volle Demokratie in Gemeinden, Ländern und Reich. Es läßt aber die Frage unerörtert, ob nicht auch in Oesterreich, so wie in anderen Nationalitätenstaaten, die Demokratie allein ausreichen würde, um ein friedliches Zusammenwohnen der Völker zu ermöglichen.

Heute fordern zwar alle Nationen in Oesterreich nationale Autonomie, aber diese Forderung bedeutet doch in erster Linie einen Protest jeder einzelnen Nation gegen Unrecht, das ihren Angehörigen durch den starren Zentralismus und den verschleierten oder unverschleierten Absolutismus der wechselnden Regierungen zugefügt wird. Es käme noch sehr auf die Probe an, ob die Nationalitäten auch dann noch auf ihrer Forderung nach nationaler Autonomie beharrten, wenn sie nur erst das Recht und die Macht hätten, sowohl über ihre nationalen wie über alle ihre anderen Angelegenheiten in Gemeinde, Kreis, Land und Stadt ohne Bevormundung durch die herrschende Masse zu entscheiden.

Mit Recht hat Renner in der Budgetdebatte dargelegt, daß in Oesterreich sowohl in der lokalen wie auch in der Landesverwaltung von demokratischer Zusammensetzung und autonomer Machtbefugnis kaum Spuren zu finden seien, und daß die Ueberlassung der Staatsverwaltung mit allen Einzelheiten von nur lokaler Bedeutung am meisten dazu beitrage, die Staatsmaschinerie unbeweglich zu machen. Er forderte die Einführung einer Reichsgemeindeordnung, die Zusammenfassung der Gemeinden zu Kreisen und dieser zu Landesverwaltungen, die alle mit wirklicher Autonomie ausgestattet wären, und die erst in der Reichsverwaltung ihren Mittelpunkt hätten. Aus seinen jüngsten Ausführungen ging aber wieder nicht klar hervor, weshalb auch in einem demokratisch umgestalteten Oesterreich die künstliche Aufrechterhaltung der nationalen Schranken zwischen den Bewohnern eines und desselben Landes, in eines und desselben Ortes durch ein eigens dazu erdachtes Verwaltungssystem unerläßlich sein sollte.

Das Proletariat der kleinen, wirtschaftlich noch unentwickelten Nationen mit seinem Streben nach kulturellem Aufstieg, nach Verbesserung der Schulen, des Armen- und Sanitätswesens und nach Wohlfahrtseinrichtungen verschiedenster Art einzig auf die beschränkten Mittel ihrer eigenen Nation zu verweisen, läge wohl nicht im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung. Wollte aber die Sozialdemokratie für solche Bedürfnisse immer wieder Staatshilfe anrufen, so geriete sie damit in direkten Widerspruch zur Bekämpfung des Zentralismus, welche doch Renner als ihre Aufgabe ansieht.

Diese Frage gehört zweifellos zu den allerkompliziertesten der an Komplikationen so überreichen sozialdemokratischen Politik in Oesterreich.

Sehr leicht möglich, daß der weitere Verlauf des Krieges sie einer ganz anderen Lösung entgegenführen wird, als wir bis jetzt vorauszusehen vermögen.

Politische Uebersicht.

Wahlrechtsänderung in Hamburg.

Der Hamburger Senat hat einem Beschluß der Bürgerschaftskommission zur Aenderung des Wahlgesetzes für die Wahlen zur Bürgerschaft zugestimmt, worin verlangt wird, daß die bisher bestehende Gruppeneinteilung aufgehoben wird. In der Begründung heißt es: Alle Kommissionsmitglieder seien davon überzeugt, daß in einer Zeit, in der die Feinde versucht haben, auf die inneren Verhältnisse Deutschlands Einfluß zu gewinnen, in der Hoffnung, aus einer Uneinigkeit des deutschen Volkes Nutzen für den Ausgang des Krieges zu ziehen, Senat und Bürgerschaft gerne die Gelegenheit ergreifen werden, durch einmütige Annahme des Gesetzentwurfs auch ihrerseits davon Zeugnis abzulegen, daß alle Versuche, die Einmütigkeit der Bevölkerung zu stören, sie nur um so fester zusammenschließen könne. Der Senat hat der Aufhebung des Klassenwahlrechtes am Sonnabend bereits zugestimmt. Die Zustimmung der Bürgerschaft kann als gesichert gelten. Die Senats- und Bürgerschaftskommission trat wieder zusammen, um noch weitergehende Wünsche auf Aenderung des Wahlrechtes zu beraten.

Die Haft der Genossin Luxemburg

hat den Reichstagsabgeordneten Rühle zu folgender kleinen Anfrage an den Reichskanzler veranlaßt:

„Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß Frau Dr. Rosa Luxemburg am 10. Juli 1916, nachdem sie eben erst eine Gefängnisstrafe von einem Jahre verbüßt hatte, in Sicherheitshaft genommen worden und bis auf den heutigen Tag der Freiheit beraubt ist, ohne daß etwas gegen sie vorliegt, was nach dem Schutzhaftgesetz die Verhängung der Haft rechtfertigen könnte?

Ist dem Herrn Reichskanzler weiter bekannt, daß gegen Frau Dr. Luxemburg nicht einmal ein Strafverfahren auch nur eingeleitet worden ist, das die Rechtfertigung der Sicherheitshaft bilden könnte?

Weiß der Herr Reichskanzler, daß Frau Dr. Luxemburg inzwischen als Delegierte für die Stockholmer Konferenz gewählt worden ist und daß das Holländisch-Skandinavische Komitee die deutsche Regierung um Freilassung der Frau Luxemburg für die Stockholmer Konferenz ersucht hat?

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um die gegen Frau Dr. Luxemburg verhängte, dem Schutzhaftgesetze widersprechende Sicherheitshaft zur Aufhebung zu bringen, und wie gedenkt er das Ersuchen des Holländisch-Skandinavischen Komitees zu beantworten, um nicht im In- und Ausland den Eindruck aufkommen zu lassen, daß in Frau Dr. Luxemburg eine politische Gegnerin der Regierung verhindert werden soll, in Stockholm für den Frieden zu wirken?"

Beihilfen zum Bau einer neuen Handelsflotte.

Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes für die Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte zugegangen, der in seinen wesentlichsten Sätzen folgendes bestimmt:

Der Reichskanzler wird ermächtigt, zur Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte den Eigentümern deutscher Kauffahrteischiffe auf Antrag Beihilfen zu gewähren:

1. für die Ersatzbeschaffung von Schiffen und Inventar, wenn das Schiff nach dem 31. Juli 1914 durch Maßnahmen feindlicher Regierungen oder durch kriegerische Ereignisse verloren gegangen oder erheblich beschädigt worden ist;

2. zur Deckung der Aufwendungen für Instandhaltung des Schiffes, für Hafengelder sowie für Heuer und Unterhalt der Schiffsbesatzung, die dadurch notwendig geworden sind, daß das Schiff infolge des Krieges in deutschen Schutzgebieten oder in außerdeutschen Ländern festgehalten oder an der Fortsetzung seiner Reise gehindert worden ist

Deutschen Schiffsbesatzungen können im Falle des Verlustes ihrer Habe für deren Wiederbeschaffung gleichfalls Beihilfen gewährt werden

Die Beihilfen sind auf die Entschädigungen zur Anrechnung zu bringen, die dem Schiffseigentümer und den Schiffsbesatzungen nach dem in Aussicht genommenen Reederei-Entschädigungsgesetz etwa gewährt werden.

Der Bestand der deutschen Handelsflotte belief sich vor dem Krieg auf mehr als 5 Mill. Br.-Reg.-To., davon sind über 2 Mill. To. in Feindesland gefallen oder gefährdet. Des ferneren liegen über 1 Mill. To. in den Häfen verbündeter und neutraler Staaten infolge der Seesperre fest

Die Einkommensbewegung während des Krieges

wird beleuchtet durch eine offiziöse Veröffentlichung über die Ergebnisse der Einkommensteuer-Einschätzung in Berlin. Das Steuersoll schließt danach für das Jahr 1917 mit 48 033 838 Mk. ab, gegenüber 1916 ein Mehr von 3 566 443 Mark. Einschließlich der Zuschläge beträgt das Mehreinkommen rund 5¾ Millionen Mark. Mit diesen Steuerbeträgen wird das Ergebnis des letzten Friedensjahres 1914 noch um 1½ Millionen Mark übertroffen.

Die Aktiengesellschaften sind bei dieser Einkommensteigerung nicht unbeträchtlich beteiligt. Sie haben sich von 460 auf 443 vermindert, ihr Steuerertrag hat sich aber um 650 365 Mk., und wenn man die Steuerzuschläge hinzurechnet, um 920 160 Mk. erhöht; sie sind mit 144 445 319 Mk. eingeschätzt. Aehnliche Erscheinungen sind bei den Gesellschaften mit beschränkter Haftung zu konstatieren.

Zu der offiziösen Notiz wird noch bemerkt, daß das Steuerergebnis sicherlich noch günstiger sein würde, wenn es der Steuerverwaltung möglich gewesen wäre, alle gesteigerten Einkommen zu erfassen. Mit dieser Bemerkung dürfte sie recht haben, denn eine ganze große Zahl von Leuten, die Kriegsgewinne gemacht haben, werden sich nicht beeilt haben, diese Kriegsgewinne zur Versteuerung anzumelden. Es entspringt wohl auch nur die Absicht, die Aufmerksamkeit von diesen hohen Kriegsgewinnen abzulenken, wenn in der offiziösen Notiz zum Schlusse hervorgehoben wird, daß das Durchschnittseinkommen der gelernten Rüstungsarbeiter gegenwärtig 5000 bis 6000 Mk. betrage und in einzelnen Fällen sogar bis auf 7000 Mark gestiegen sei. — Es mag wohl Ausnahmen dieser Art geben; im Durchschnitt ist das Einkommen der Rüstungsarbeiter keineswegs so hoch. Wenn es gegenüber dem Lohne vor dem Kriege eine auffällige Höhe erreicht hat, so steht es immer noch in keinem Verhältnis zu den Riesengewinnen, die der Kapitalismus aus dem Kriege gezogen hat, und es darf bei diesen gesteigenen Einkommen der Rüstungsarbeiter vor allen Dingen nicht übersehen werden, daß die unerhört hohen Lebensmittelpreise diese Einkommen restlos wieder aufzehren.

Sieg der Republikaner in China.

Aus Washington wird gemeldet: Das amerikanische Auswärtige Amt erhielt die Nachricht, daß die demokra-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191701 11-16/fragment/page=0002

lische Regierung in China wiederhergestellt und ein neuer Präsident ernannt worden sei.

Die Morning Post vernimmt aus Tientsin: Obwohl das Edikt über die Abdankung des Kaisers ausgestellt ist, ist es bisher noch nicht im Wortlaut veröffentlicht worden. Die Republikaner halten nunmehr Peking vollständig eingeschlossen und haben die Eisenbahnstationen besetzt. Der Kampf ist eingestellt.

Aus der Partei.

Keine Sprengung.

Durch die regierungssozialistische Presse läuft eine Notiz, worin behauptet wird, unsere Parteigenossen in Düsseldorf-Gerresheim hätten eine Friedensversammlung des Abgeordneten Haberland gesprengt. Das ist nicht wahr. Durch die Teilnahme unserer Genossen wurde die Versammlung erst möglich. Wären sie ihr ferngeblieben, so hätten acht Personen das Auditorium des Abgeordneten Haberland gebildet. Unsere Genossen ließen Haberland seinen Vortrag ruhig halten, und dann sprachen sie. Das Schlußwort Haberlands schenkten sie sich und er konnte es nach dem Weggange unserer Genossen ruhig seinen Acht halten. Unsere Genossen haben also Haberland nicht gehindert, zu reden, solange ihm seine Acht treu blieben. So liegt die Sache in Wirklichkeit.

Die neue Parteivorstands-Gleichheit findet selbst nicht den Beifall aller Abhängigkeitssozialisten. So haben jetzt auch die Anhänger der Sozialdemokratie Scheidemannscher Richtung in Erfurt Stellung zur neuen Gleichheit genommen Ihr Beschluß ist recht bezeichnend. In ihrem Versammlungsberichte heißt es: Wegen des ferneren Bezugs der Gleichheit haben Kreisvorstand und Ortsvorstand gemeinschaftlich beschlossen, es abzulehnen, die Gleichheit, wie es früher der Fall war, auf Kosten der Kreiskasse den Genossinnen zuzustellen. Es wird vielmehr den Genossinnen, die ein Interesse für das Blatt haben, freigestellt, das Blatt nunmehr auf eigene Kosten zu abonnieren.

Hervé ausgeschlossen.

Der bekannte französische Chauvinist Gustav Hervé wurde aus der Partei ausgeschlossen Der Ausschluß ist rechtskräftig.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 11. Juli 1917.

Keine Mietsteigerungen nötig!

Die Stadt Halle hat unter einer eigentlichen Kriegswohnungsnot, wie sie die neuen Industriebezirke jetzt durchmachen, noch nicht zu leiden. Es herrscht hier bei uns nur der leider seit Jahren gewohnte Mangel an guten Kleinwohnungen, während umgekehrt größere Wohnungen in der Kriegszeit in erhöhtem Maße leerstehen. Außer den Mietausfällen dieser Besitzer großer Häuser haben die hiesigen Hausbesitzer durchweg keine besonderen Verluste zu beklagen. Es sei denn, daß man sagen will, sie leiden unter der Teuerung, was ja aber für jeden anderen Menschen in demselben Maße zutrifft. Da sich in Halle außergewöhnliche Zustände nicht bemerkbar gemacht haben, gelten hier auch die neuen Wohnungsnotverfügungen des Generalkommandos noch nicht. **Das stellt sich jetzt als ein Nachteil für die Mieter heraus, da eine Reihe von Hausbesitzern jetzt glaubt, die Zeit noch rasch zu Mietsteigerungen ausnutzen zu müssen, obwohl — wie wir schon darlegten, hier besondere Notverhältnisse irgendwelcher Art ihnen dazu keinen Anlaß bieten.** Vorwiegend handelt es sich um versteckte Fälle der Art, daß gekündigte Wohnungen dem nächsten Mieter nur zu einem erhöhten Preise überlassen werden. So kommt man nach und nach auf seinen Profit.

Immer deutlicher kündigt sich in dieser Weise die allgemeine Steigerung der Mieten als die nächste große Belastung der Verbraucher an. Zur Begründung wird von den Grundbesitzervereinen vor allem auf das Steigen des Zinsfußes und der Baukosten hingewiesen. Aber die Forderung einer allgemeinen Mietsteigerung hieraus abzuleiten — dagegen spricht gerade die Entwicklung der Grundstückspreise. Wo Menschenandrang die Errichtung neuer Mietkasernen nötig machte, nahmen die Grundbesitzer noch immer und überall den hierdurch erzielten Gewinn an Rente ausschließlich für den Bodenwert in Anspruch. Weil der Boden, der für Wohnzwecke in Betracht kommt, ein Monopolgut ist, ist dieser Anspruch auch überall durchgesetzt worden. Auch als im Laufe unserer wirtschaftlichen Entwicklung der Zinsfuß von 5 auf 4 Prozent sank, kam dieser Vorgang hauptsächlich wiederum der Grundrente, den Bodenbesitzern und Bodenspekulanten zugute. Das ist das genaue Gegenstück zu dem jetzigen Vorgang. Weshalb soll also jetzt der Mieter die Kosten tragen anstatt der Grundrente? Das ist nicht einzusehen. Der Bodenwert hat damals den Gewinn geschluckt; so mag er auch jetzt für den Verlust aufkommen.

Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen fordert, daß man den Berechnungen der Renten statt willkürlich gewählter Größen die jetzigen Mietpreise zugrunde legt und danach den Bodenwert schätzt. Es ist ganz unerfindlich, warum das nach dem Kriege zu bebauende Neuland noch mehr, nur weil der Zinsfuß gestiegen ist, im Werte steigen soll, als es durch die Verwandlung in Bauland ohnehin geschieht. Gelingt es den Interessenten für die Wertberechnung dieser Bauplätze erhöhte Mietpreise zugrunde zu legen, so werden hier in der Zeit allgemeiner Not glatte **Mehrgewinne erzielt, ohne daß dafür ein Finger gerührt zu werden brauchte.** Etwas anders liegt die Sache bei aufgeschlossenem Bauland und fertigen Häusern. Hier muß der bereits gezahlte Preis berücksichtigt werden. Daß hier die Steigerung des Zinsfußes eine Steigerung der Mieten erzwingt, wird sich nicht immer vermeiden lassen. Die allgemeine Mietsteigerung aber, mit der gewisse Kreise liebäugelten, ist durchaus unberechtigt. Das Streben danach muß, wenn es nicht anders geht, durch Höchstpreise für Wohnungen gebrochen werden. Wobei man nicht einmal zu befürchten brauchte, daß auch in diesem Falle, wie wir es so oft erlebt haben, dem Höchstpreis das „Verschwinden der Ware aus dem Verkehr“ folgen würde.

Hallenser in den Verlustlisten.

Als in Halle und seinen Vororten geboren werden in den Verlustlisten gemeldet:

Preußische Verlustliste Nr. 873. August Bruder (20. 8. 93) verm. Utoffz. Georg Ende (18. 8. 93) l. verw. Otto Händler (1. 2. 90) l. verw. Utoffz. Ernst Leonhardt (16. 7. 91) l. verw. Kurt Moeves (2. 3. 95) aus Kröllwitz l. verw. Gefr. Ernst Opel (19. 4. 92) schw. verw. Bruno Rudolph (22. 8. 82) l. verw. Utoffz. Otto Schäfer (17. 3. 90) aus Trotha l. verw. b. d. Tr. Karl Schmidt I (30. 10. 96) aus Giebichenstein verm. Paul Schreiber (4. 1. 92) in Gefgsch. 14. 12. 14. Utoffz. Wilhelm Schwefel (15. 5. 83) aus Trotha gef. Gefr. Friedrich Wiesner (2. 8. 93) l. verw. Ltn. Gerhard Winter (29. 5. 98) l. verw.

Preußische Verlustliste Nr. 874. Gefr. Emil Müller (26. 12. 85) l. verw. Jul. Friedrich Wilhelm Reuter (23. 11. 78) aus Giebichenstein l. verw.

Preußische Verlustliste Nr. 875. Utoffz. Otto Garzarek (7. 12. 92) l. verw. Helmut Jacob (10. 6. 91), bish. verm., in Gefgsch. Gefr. Albert Richter (29. 8. 75) aus Trotha schw. verw. Utoffz. Friedrich Schneider (13 12. 92) verm.

Sächsische Verlustliste Nr. 420. San.-Utoffz. Paul Jandt (1 10. 91), bish. verm., in Gefgsch.

Preußische Verlustliste Nr. 876. Utoffz. **Kurt Bolland** (31. 12. 81) l. verw. Paul Britting (5. 11. 88) d. Unfall l. verl., b. d. Tr., Utoffz. Alfred Jäger l. verw., b. d. Tr. Otto Menge (9. 3. 76), **bish.** verm., lt. priv. Mittlg. in Gefgsch. Utoffz. **Kurt Mertens (6. 8. 95)** l. verw.

Preußische Verlustliste Nr. 877. Otto Bense (29. 6. 88) gef. Friedrich Busch (18. 11. 88) aus Giebichenstein l. verw. Karl Chrystoph (24. 6. 93) in Gefgsch. Gefr. Otto Erbert (4. 1. 92) l. verw. Karl Garquet (2. 3. 86) l. verw., b. d. Tr. Paul Kleeblatt (20. 9. 97) schw. verw. Utoffz. Richard Ohlhoff, (30. 5. 83) verm. Alfred Schöbe (14. 10. 94) gef. Herm. Schroer (15. 12. 88), bish. verm., b. einer and. Tr. Gustav Steinbach (5. 6. 94) in Gefgsch. Albert Terpe (8. 10. 94) aus Trotha l. verw.

Der Stand der Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Der Gesamt-Ausschuß der Kriegsbeschädigten-Fürsorge für Halle und Saalkreis hielt gestern abend im Saale der Handelskammer seine Jahresversammlung ab. Auf der Tagesordnung standen lediglich Berichte über die Tätigkeit der Kriegsbeschädigten-Fürsorge in Halle im zweiten Betriebsjahr. Sie wurden erstattet von den Professoren Wolff und Martini, den Direktoren Göll, Könecke, Thiersch, Bauer und Simon. Es ging daraus hervor, daß bisher 2800, davon im letzten Jahre 1309, Kriegsbeschädigten eine Fürsorge zuteil geworden ist. Im letzten Jahre sind 1150 berufsberaten worden, hiervon 600 in der Fachberatung unter Zuziehung auch von Arbeitervertretern. Die Ausbildungszeit in den Unterrichtskursen sei von drei auf in der Regel sechs Monate verlängert worden. Vom städtischen Arbeitsamt sind 554 Kriegsbeschädigte vermittelt worden

Ausführliches über den Stand der Kriegsbeschädigten-Fürsorge in Halle berichteten wir erst vor wenigen Wochen anläßlich des zweijährigen Bestehens der Fürsorgestelle. Die obigen wenigen Zahlen mögen deshalb, um längere Wiederholungen zu vermeiden, heute genügen. Einige Berichterstatter sprachen ihre Besorgnis darüber aus, daß sich eine große Abwanderung vom Handwerk bemerkbar mache. Die Kassenberichte zeigten eine Einnahme von 53 484 Mk. und eine Ausgabe von 50 668 Mk in dem einen Jahre. Unter ersteren befinden sich 24 401 Mk. Zuschüsse vom Mobilmachungsausschuß und Provinz-Ausschuß; unter den Ausgaben 16 883 Mk. Professor Wolff sprach schließlich noch über neue Aufgaben der Kriegsbeschädigten-Fürsorge, insbesondere die Rentennachprüfung.

Ein besonderer neueingesetzter Ausschuß soll für Militärrentner, die sich benachteiligt fühlen, auf Ersuchen des Kriegsbeschädigten die Militärrenten-Festsetzung nachprüfen. Zu diesem Zwecke gehört dem Ausschuß ein Arzt an, der eine Untersuchung und Begutachtung des Rentenbewerbers vornimmt. Kommt der Arzt zu dem Ergebnis, daß die Rentenfestsetzung nicht dem wirklichen Schaden entspricht, so wird die Sache einem dem Ausschuß ebenfalls angehörenden Justizrat übergeben, der den Einspruch oder die Begutachtung bei den Militärbehörden besorgt. Der Hauptvorteil dieses Ausbaues liegt darin, daß ein Arzt zur Nachuntersuchung des Kriegsbeschädigten gefunden ist, was sonst in der Regel sehr schwer fällt. Das Verfahren ist für den Kriegsbeschädigten unentgeltlich. Im übrigen soll der Ausschuß dem Kriegsbeschädigten behilflich sein bei der Erwirkung von Kapitalabfindungen (für Renten), zu Vermittlungen von Darlehen auf den Kriegsbenten, zur Begutachtung von Pacht- und Mietverträgen, zu Unterhandlungen bei Beschwerden Kriegsbeschädigter gegen Arbeitgeber oder Mitarbeiter, bei Maßnahmen der Berufsberatung in der Kriegsbeschädigten-Fürsorge usw. Dem Ausschusse gehören auch einige Vertreter des Gewerkschaftskartells an.

Als weitere neue Aufgaben besprach Prof Wolff noch die wirtschaftliche Selbständigmachung von Kriegsbeschädigten (Kapitalabfindung), vermittelnde Tätigkeit für Beschwerden, Ausdehnung der landwirtschaftlichen Berufsberatung, landwirtschaftlichen Unterricht, neue Fachkurse für Kriegsbeschädigte: Fleischbeschauer-, Laboranten- und andere Kurse. Irgend eine Aussprache oder Diskussion fand nicht statt.

Neue Bekanntmachungen.

Kartoffeln werden morgen in der Talamtschule auf die Nr. 5001 bis 7000 am Vormittag und 67 001 bis 70 000 am Nachmittag verkauft.

Der Eierverkauf geht morgen auf Nr. 63 001 bis 65 000 weiter.

Heringe werden Donnerstag in der Talamtschule auf Nr 35 001 bis 40 000 abgegeben

Grieß. Kleinhandelsgeschäfte, die Kundenlisten eingereicht haben, werden aufgefordert, Donnerstag, Freitag und Sonnabend bei den von ihnen gewählten Großhändlern Grieß abzuholen.

* **Der Frauen- und Mädchenchor** veranstaltete gestern einen Liederabend im Volkspark, was uns Veranlassung gibt, der erfreulichen Entwicklung des Vereins mit einigen Worten zu gedenken. Nach den frischen Ansätzen der Gründungszeit war die Leistungsfähigkeit des Chors, wie man jetzt wohl sagen darf, im ersten und zweiten Kriegsjahre bedenklich schwach geworden. Um so mehr freut es uns, jetzt sagen zu können, daß der Rückschlag vollständig überwunden ist. Das dritte Kriegsjahr hat dem Gesangverein der Frauen und Mädchen der Hallischen Arbeiterschaft einen guten Aufschwung gebracht, sowohl äußerlich wie innerlich. Der Chor hat sich wesentlich verstärkt, insbesondere an jungen, frischen Stimmen, und das gestrige Konzert bewies, daß auch im Innern unter kundiger Leitung tüchtig gearbeitet worden ist Ansatz und Aussprache haben sich wesentlich gebessert. Die Tonfülle der einzelnen Stimmen ist von genügender Kraft, und Herr Konzertmeister Lissel hat dieses Stimmenmaterial so vorzüglich in seiner Gewalt, daß man nach dem Stande, den der Chor in den letzten Konzerten erreichte, sich guten Hoffnungen hingeben kann.

* **Umwandlung von Gasthäusern in Kriegsküchen.** In Wien wird gegenwärtig ein interessanter Vorschlag beraten. Es besteht dort die Absicht, sämtliche Gasthäuser in drei Arten von Kriegsküchen umzuwandeln. Die erste Stufe sollen die Gasthäuser sein, die ein Mittagessen mit 1 Krone 50 Heller (1 Mark), bis 2 Kronen (1,30 Mark) berechnen. In der zweiten Stufe würde ein Mittagessen etwa 2 Kronen 50 Heller bis 3 Kronen und in der dritten Stufe 3 Kronen 50 Heller bis 4 Kronen 50 Heller kosten. Es besteht auch die Absicht, diese drei Stufen entsprechend den verschiedenen Preisen mit verschiedenen Speisen auszustatten. — Ein ähnlicher Vorschlag ist bereits vor zwei Jahren auch in der Stadtverordnetenversammlung für Halle gemacht worden, doch hielt man es damals noch nicht für nötig sich auch nur irgendwie dazu zu äußern.

* **Fabrikpflegerinnen bei den Staatsbetrieben.** Das Waffen- und Munitionsbeschaffungsamt hat verfügt, daß in allen Instituten und Depots, in denen Arbeiterinnen beschäftigt werden, je eine Fabrikpflegerin, bei Dienststellen mit sehr vielen Arbeiterinnen mehrere Pflegerinnen einzustellen sind.

* **Für Unfälle beim Aufspringen auf den Zug haftet der Eisenbahnfiskus nicht.** Die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse bringen es mit sich, daß an die Aufmerksamkeit und Pünktlichkeit der Mitfahrenden größere Anforderungen als im Frieden gestellt werden und daß namentlich auch größere Eile als sonst geboten ist. Es ist keine Frage, daß dadurch die mit dem Eisenbahnbetrieb als solchem verbundene Gefahr vergrößert ist, aber leider kann ein Reisender, dem ein Unglücksfall widerfährt, sich nicht zu Lasten des Eisenbahnfiskus auf diese erhöhte Betriebsgefahr berufen, wenn er selbst schuld an dem Unfall ist. Dies erfuhr ein Kaufmann in Berlin, der noch im letzten Augenblicke, als das Abfahrtszeichen schon gegeben war, in ein Zugabteil sprang. Der Gepäckträger, der ihm das Gepäck nachschob, schlug die Tür zu und diese quetschte dem Reisenden, der die eine Hand noch zwischen Tür und Angel hatte, zwei Finger ab. Vergeblich berief er sich auf die große Eile, in der er sich mit Rücksicht auf die ganzen Zeitumstände befunden habe. **Die Berliner Gerichte sowohl wie das Reichsgericht hielten ihm entgegen, daß die Zeitumstände für sein Verhalten in keiner Weise verantwortlich gemacht werden könnten. Ein Reisender, der im letzten Augenblicke,** unmittelbar bevor der Zug sich in Bewegung setze, in den Zug hineinspringe und, obwohl er gewärtig sein müsse, daß die Tür hinter ihm zugeschlagen werde, die Hand nicht von dem Türpfosten zurückziehe, handele grobfahrlässig, **weshalb er allein an dem Unfalle schuld sei. — Also Vorsicht!**

* **Die Arbeiterjugend** unternimmt am Sonntag, d. 15. Juli, eine Tagestour nach Weißenfels. Von dort findet dann eine Wanderung durch das Saaletal statt. Abfahrt früh 5.05 Uhr. Treffpunkt am Bahnhof in Halle 4.45 Uhr. Rückfahrt abends 7.31 Uhr ab Weißenfels. Alles weitere wird am Freitag abend im Jugendheim bekanntgegeben.

* **Freilichtspiele Peißnitz.** Wie bereits bekanntgegeben, gelangt heute, Mittwoch, in dem Freilichtspiel auf der Peißnitz die Oper Iphigenie auf Tauris von Gluck, in der Bearbeitung von Dr. Richard Strauß, zur Aufführung.

Am Donnerstag wird im Stadttheater Flachsmann als Erzieher von Otto Ernst in neuer Einstudierung gegeben. Freitag gelangt Millöckers Operette Der Bettelstudent zur ersten Wiederholung. Am Sonnabend ist die Oper Undine vorgesehen. Sonntag nachmittag Fremdenvorstellung bei ermäßigten Preisen Alt Heidelberg. Sonntag abend Das Dreimäderlhaus.

* **Im Apollotheater** bringt das Willi-Schenk-Gastspiel mit dem heutigen Tage die Erstaufführung von Susanne im Bade, Ausstattungs-Burleske in drei Akten von Walter Gericke, Musik von Max Schmidt. Direktor Willi Schenk hat die Hauptrolle übernommen. Tagesvorverkauf im Theaterbureau täglich von 9 bis 1 und 5 bis 7 Uhr.

* **Keinerlei Feuerzeug an die Kinder geben.** Anläßlich eines Sonderfalles wird von der Polizei erneut darauf hingewiesen, daß es nach der Bestimmung des stellvertretenden Generalkommandos 4. Armeekorps verboten ist, Kindern Streichhölzer, Feuerwerkskörper, Zigarren und Zigaretten zu verkaufen und Kinder in der Nähe von Feldscheunen, Schobern (Diemen) sich selbst zu überlassen. Aufgabe der Eltern, Lehrer und Erzieher sei es, die Kinder in dieser Beziehung scharf zu überwachen und sie auf den zurzeit unersetzbaren Verlust hinzuweisen, der durch das Verbrennen von Nahrungs- und Futtermitteln für die Allgemeinheit entsteht.

Könnern. Totgefahren. Durch ein beladenes Kohlengeschirr wurde der über 90 Jahre alte Invalide Trost, der auf der Ladestraße am Bahnhof Kohlen aufsuchte, überfahren und sofort getötet Der Wagen ging dem bedauernswerten Mann über Leib und Brust. Den Geschirrführer soll nach Zeugenaussagen keine Schuld treffen. Der Verunglückte war wohl die älteste Person der Stadt

Allerlei.

Ausschnitte aus der „großen“ Zeit.

1\. Schleichhandel. **Das Kriegswucheramt hat in Berlin eine Gesellschaft von acht Kettenhändlern ermittelt, die 100 Zentner Schinken und Speck zum Preise von 8,40 Mark das Pfund verschieben wollten. Die Ware, als deren Eigentümer sich ein gewisser Friedrich Knapp bezeichnete, wurde auf einem Fabrikhof in Weißensee vorgefunden und beschlagnahmt. Ein anderes Kettenhandelsgeschäft, an dem sieben Personen beteiligt waren, konnte das Kriegswucheramt verhindern, indem es für 50 000 Mark Leberwurst in Dosen beschlagnahmte, als deren Besitzer sich ein Bankier Mehrdorf in Nikolassee ausgegeben hatte. Die Ware lagerte in einem** Speditionsgeschäft in der Reichenberger Straße. — In der Schlegelstraße 4 nahmen Beamte des Kriegswucheramts dem vielfach vorbestraften Fuhrhalter Ihloff zwei geschlachtete und vier lebende Rinder ab. — Wegen verbotener Schlachtung wurde der Schweinemäster Wilhelm Kurzweg in Weißensee, Charlottenburger Straße 78, festgenommen. Er hatte auf einem freien Platz am Wedding, in der Stahlheimer Straße 28, der dem Hausbesitzer Grimm gehört, ein Rind geschlachtet und zerlegt. Das Fleisch und 30 lebende Schweine konnten beschlagnahmt werden.

2\. Kriegswucherprozesse. **Die erste Strafkammer** des Landgerichts I in Berlin verurteilte den Kaufmann Israel Memel wegen Vergehens gegen die Bekanntmachung betr. Web-, Wirk- und Strickwaren und die Bundesratsverordnung vom 1. Mai 1916. Der Angeklagte, ein Ausländer, der sich in Schutzhaft befindet, betreibt eine Rester- und Partiewarenhandlung in einem kleinen Laden, in dem er trotz der äußeren Unscheinbarkeit des Geschäftes einen jährlichen Umsatz von 600 000 Mk. erzielt. Eine Revision seines Betriebes ergab, daß er gegen die Kriegsverordnungen verstoßen hatte.

Kriegswucher mit Sammet führte die aus Lodz stammende Kaufmannsfrau Salome Schiffmann vor die 1. Strafkammer des Landgerichts III. Die Angeklagte hatte in Berlin für ihren Mann einen größeren Posten eingekauft, und nach den Gutachten der Sachverständigen mit einem Aufschlag von 40 Prozent, der als übermäßig angesehen wurde, weiterverkauft. Das Gericht verurteilte die Angeklagte zu 6000 Mk. Geldstrafe.

Eine empfindliche Strafe hatte das Schöffengericht Berlin-Mitte über den Kohlenhändler Otto Horst verhängt, das ihn wegen Kriegswuchers mit Preßkohlen zu einem Monat Gefängnis verurteilte. Der Angeklagte hatte Ilse-Briketts mit 2 Mk. das Hundert, anstatt zu dem vorgeschriebenen Richtpreis von 1,20 Mk. verkauft Seine Berufung wurde gestern von der 1. Strafkammer des Landgerichts I verworfen.

Die Strafkammer in Schweinfurt verurteilte den Direktor der Malzfabrik Mellrichstadt, Ruby, wegen verbotenen Malzhandels nach Norddeutschland in 21 Fällen und Preiswuchers zu 310 000 Mk. Geldstrafe oder einem Jahre Gefängnis. Der von Ruby erzielte Wuchergewinn betrug 100 000 Mark.

3\. Nahrungsmittelfälscher. **Wegen Kriegswuchers** und wissentlicher Nahrungsmittel-Verfälschung mußte sich der schon dreimal wegen Kriegsvergehens vorbestrafte Kaufmann Fritz Knape aus Nowawes vor dem Potsdamer Schöffengericht verantworten. Knape hat in der Zeit von November 1916 bis Januar 1917 auf dem Potsdamer Wochenmarkt Erbsmehl und Maisflocken das Pfund mit 1,60 Mk. verkauft. Die Ware erwies sich beim Kochen als vollständig verdorben und für den menschlichen Genuß unbrauchbar. Professor Neumann vom Nahrungsmitteluntersuchungsamt gab sein Urteil dahin ab, daß das Erbsmehl und die Maisflocken aus Strohschmutz, Kartoffelschalen, Sand und verdorbenem Maismehl bestand. Der Amtsanwalt bezeichnete diese kaufmännische Handlungsweise des Angeklagten als Kriegswucher schlimmster Art und beantragte gegen ihn eine Geldstrafe von insgesamt 660 Mk. Das Gericht sah die Sache aber sehr milde an und verurteilte den Angeklagten wegen fahrlässiger Nahrungsmittelverfälschung zu 60 Mark Geldstrafe.

Eine Grubenexplosion ereignete sich auf dem Schacht Pluto der Zeche Wilhelm bei Wanne. **Mehrere Bergleute sind getötet** und eine Anzahl verletzt worden.

Harden als Hilfsdienstarbeiter. Maximilian Harden, dessen Zukunft für die Dauer des Krieges verboten worden ist, soll auf Grund des Hilfsdienstgesetzes eingezogen worden sein. Er werde als Schreiber beschäftigt.

Verantwortlich für: Politik, Parteinachrichten, Gewerkschaftliches, Unterhaltungsbeilage und Allerlei Karl Bock; Halle und Saalkreis und Aus der Provinz Wilhelm Koenen; Anzeigen Wilhelm Herzig; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170711-16/fragment/page=0003

Walhalla-Theater.
8½ Uhr.
Gastspiel Max Walden
mit seiner Gesellschaft.
Der Juxbaron.
1148 Posse in 3 Akten von Fordes-Milo und Haller.
Musik von Walter Kollo.
Blaukehlchen: Dir. Max Walden.
Kasse 10—½1 u. 4—6 Uhr.

Pfälzer Schießgraben.
Im grossen Garten täglich:
Grosses Volks-Konzert.
Anfang 7½ Uhr. Eintritt frei.
Kapelle des Herrn Direktor **Görisch.** 1035
Ergebenst ladet ein **Karl Henkelmann.**

Aparte Wasch- und Seidenstoffe
für Blusen und Kleider, in allen Preislagen, Crepe de Chin, Musselin, Voile, Crepe, Schleierstoff, weiß bestickte Stoffe sowie halbfertige Roben, 1065
im Kaufhaus H. Elkan, Leipzigerstr. 87.

Brombeerblätter, *570
Kainfarnblüten, Schafgarbenblüten, Odermennig, Sauerkirschblätter, Schafgarbenblätter, Knöterich oder Knöcker, Schachtelhalm, Wegerich **kauft** frisch und getrocknet
Wilhelm Kathe, Halle, Gr. Märkerstraße 7.
Annahme 8—12, 2—5, Sonnabends nur 8—12.

Achtung!!!
Decken Sie Ihren Bedarf.
Mullbinden u. Watten sind noch am Lager, Gummi-Schläuche, Schwämme u. Spritzen nur noch kleine Restposten, Kopfbürsten u. Frisierkämme noch reichliche Auswahl. Kopf- u. Mundwässer nur noch begrenzte Mengen. **Prima** streichfertige Lackfarbe, Kilogr. **6** 25 M., Pinsel alle Sorten mit **10** % Rabatt. Rasier-Kreme, **Ia.** Qualität von **75** Pf an. **Gerlach's** Preserv.-Krem, alte Preise. Sämtliche **Fußstreupulver. Ia.** Zitronensaft in Flaschen von **60** Pf an. *534
Schwanen-Drogerie.

Wir kaufen zu guten Preisen:
Getrocknete Blüten, Kräuter, Wurzeln, wie Lindenblüten, Brombeer-, Himbeer-, Erdbeerblätter, Hufblätter, Brennesselblätter, Schafgarbenkraut, Stiefmütterchenkraut, Breit- und Spitzwegerich und vieles andere.
Falls Ablieferung bei uns am Sammeltage möglich ist, kaufen wir die Artikel auch **ungetrocknet.**
Nähere Auskunft geben auf Anfragen
Caesar & Loretz, Halle (6.), Großhandlung,
Merseburgerstraße 113. *504

Großes Baugelände,
Grundstücke für Großbetriebe mit Kraftanlagen u. Gleisanschluß, günstig gelegen und später ganz besonders begehrt,
sofort zu verkaufen
durch
Treuhandgesellschaft m. b. H., Halle,
Königstraße 3. Fernsprecher 5723. *566

Max Zaubitzer,
Roßschlächterei.
Donnerstag vormittag:
Von Nr. 1 bis 1000.
1040

Bekanntmachung.
Von Donnerstag, den 12. Juli d. J. ab treten zur Bewältigung des Verkehrs **nach und von Leuna** folgende Fahrplanänderungen ein:
Nachzug 802 Halle (ab 5^{12}) — Corbetha (an 6^{04}) **fällt fort,** dafür wird ein
Vorzug 802 wie folgt **neu vorgesehen:** Halle ab 4^{45} Ammendorf ab 4^{57}, Merseburg an 5^{11}, ab 5^{14}, Leuna an 5^{28}, ab 5^{34}, Corbetha an 5^{55}.
Zug 806 (Berlin-) Halle ab 6^{10} (Weißenfels an 7^{06}) (-Frankfurt [Main] wird unter **Aufhebung** des Aufenthaltes in **Ammendorf** und dessen **Einrichtung** in **Leuna** zwischen **Halle** und **Corbetha** wie folgt verlegt:
Halle ab 6^{15}, Ammendorf **ohne** Aufenthalt, Merseburg an 6^{21}, ab 6^{23}, Leuna an 6^{40}, ab 6^{42}, Corbetha an 6^{51} (wie bisher).
Zug 821 Corbetha (ab 6^{00}) — Halle (an 6^{47}) wird wie folgt verlegt:
Corbetha ab 6^{00}, Leuna an 6^{22}, ab 6^{12}, Merseburg an 6^{24}, ab 6^{27}, Ammendorf ab 6^{40}, Halle an 6^{52}.
Zug 809 Corbetha (ab 7^{06}) — Halle (an 7^{47}) **verkehrt zwischen Corbetha und Leuna 10 Minuten früher:**
Corbetha ab 7^{02}, Leuna an 7^{10} ab 7^{12} (wie bisher).
Halle (Saale), den 9. Juli 1917. *564
Königliche Eisenbahndirektion.

Alte Promenade 11a.
— Fernsprecher 5738
Donnerstag, 12. Juli,
pünktlich nachmittags 4 Uhr:
Nur einmalige Vorführung des Kriegsfilms:
Die 10. Isonzoschlacht.
Von 8 Uhr ab:
„Trilby“. Film-Roman in fünf Kapiteln.
„Liebe u. Bitterwasser“.
Erstklassiges Lustspiel in 3 Akten. 1144

Zahn-Atelier Frau v. Schulz
Sprechstunde v. 9—6 Uhr abends.
Steinweg 52. 1066

Einmachegläser
mit Patentverschluss, sehr billig. 1145
C. F. Ritter, Leipzigerstrasse 90.
Mitglied d. Rab.-Sp.-Vereins.

Gardinen
— abgepaßt und vom Stück —
Teppiche 1136
— in allen Größen —
Tischdecken
Plüsch-, Tuch- u. Wachsdecken in allen Preislagen bei
H. Elkan, Leipzigerstraße 87.

Parteischriften empfiehlt Volksbuchdruckerei.

Amtliche Bekanntmachungen.

Städtischer Eierverkauf.
Städtischer Eierverkauf in der Talamtschule: Donnerstag, den 12. Juli 1917.
Zum Kaufe berechtigen die Nummern der **neuen** Lebensmittelscheine **63 001 — 65 000 vormittags von 8 — 12 Uhr** und **nachmittags von 2—6 Uhr.**
Für **jeden Kopf** eines Haushaltes werden **zwei Eier, das Stück zu 28 Pfennig, abgegeben.**
Der neue Lebensmittelschein ist vorzulegen.
Zur Beschleunigung der Abfertigung wolle man **abgezähltes** (vor allem Kupfergeld) **Geld bereithalten!**
Umtausch nur innerhalb drei Tagen.
Halle, den 11. Juli 1917. **Der Magistrat.**

Städtischer Herings-Verkauf.
Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September und 4. November 1915 wird der Verkauf der der Stadt überwiesenen **Heringe** wie folgt geregelt:
Der Verkauf wird am **Donnerstag d. 12. Juli 1917** in der Talamtschule fortgesetzt.
Zugelassen zum Einkauf werden die Nummern der neuen Lebensmittelscheine 35 001—40 000 vormittags von 8—1 Uhr und 40 001 bis 45 500 nachmittags von 2—6 Uhr.
Für jede Person eines Haushaltes werden ca. 110 Gramm zum Preise von 30 Pfg. abgegeben.
Abgezähltes Geld ist unbedingt bereit zu halten. Papier zum Einwickeln ist mitzubringen.
Halle, 11. Juli 1917. **Der Magistrat.**

Der Verkauf von **Kartoffeln** findet am Donnerstag, d. 12. Juli nur in der Talamtschule statt.
Zum Kaufe werden zugelassen vormittags von 8—12 Uhr Besitzer der Lebensmittelscheine mit den Nummern 5 001—7 000, nachmittags von 2 — 6 Uhr Besitzer der Lebensmittelscheine mit den Nummern 67 001—70 000.
Der neue Lebensmittelschein ist vorzulegen.
An Inhaber von Lebensmittelscheinen mit anderen Nummern kann ein Verkauf von Kartoffeln **nicht erfolgen.**
Halle, den 11. Juli 1917. **Der Magistrat.**

In Erweiterung unserer Bekanntmachung vom 20. Oktober 1916 wird für den Stadtkreis Halle folgendes verordnet:
§ 1. Alle Personen, die mit **Gemüse, Obst und Südfrüchten** handeln — mithin auch Aufkäufer, die kleine Mengen im Umherziehen aufkaufen, also von der Schlußscheinpflicht befreit sind, — sind gehalten, sich über ihre sämtlichen Einkäufe Rechnungen oder andere schriftliche Belege, aus denen der Name und Wohnort des Verkäufers, der Tag des Kaufes, der Einkaufspreis und die gekaufte Ware nach Art und Menge hervorgehen, zu verschaffen und übersichtlich geordnet aufzubewahren.
§ 2. Zuwiderhandlungen werden gemäß § 17, Bekanntmachung über die Errichtung von Preis-Prüfungsstellen und die Versorgungs-Regelung vom 15. September 1915, mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.
§ 3. Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.
Halle, den 10. Juli 1917. **Der Magistrat.**

Sammlung von Obstkernen.
Wir machen neuerlich darauf aufmerksam, daß die Sammlung von Obstkernen für die Versorgung der Allgemeinheit mit Fett von großer Bedeutung ist. Kein Kern soll verloren gehen. Die gereinigten und getrockneten Kerne sind an die Sammelstelle, Gebr. Born, Gr. Steinstraße 9, abzuliefern.
Halle, den 10. Juli 1917. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung betr. Beschlagnahme und freiwillige Ablieferung von Einrichtungsgegenständen aus Kupfer und Kupferlegierungen (Messing, Rotguß, Tombak, Bronze).
Unter Bezugnahme auf unsere Ausführungsbestimmungen vom 25. Juni 1917 zur Verordnung des stellvertretenden Generalkommandos 4. Armeekorps vom 20. Juni 1917 weisen wir hiermit nochmals darauf hin, daß die beschlagnahmten Gegenstände in unserer Sammelstelle Turnhalle am Roßplatz freiwillig abgeliefert werden können. Die Sammelstelle ist werktags von 9 bis 12 Uhr vormittags und von 3—5 Uhr nachmittags — außer Sonnabend nachmittags — geöffnet. Die vorbezeichnete Verordnung, welche in den einzelnen Polizei-Revieren, in der Turnhalle am Roßplatz und Rathausstraße 19, Zimmer Nr. 62, öffentlich aushängt, führt die beschlagnahmten Gegenstände namentlich auf und enthält im § 3 einen Hinweis über beschlagnahmefreie Einrichtungsgegenstände. Hierzu sei noch bemerkt, daß Türklinken, welche zur Betätigung des Schlosses dienen, sowie die dazu gehörigen Rosetten und Schließbleche nicht unter die Beschlagnahme fallen. Dasselbe gilt für Oefen der Treppenläuferhalter.
Es wird gebeten, mit der Ablieferung möglichst bald zu beginnen, da die besondere Prämie von 1 Mk. pro Kilogramm nach dem 31. August cr. nicht mehr gezahlt wird, mit dem 1. September cr. aber die Meldepflicht eintritt.
Halle, den 10. Juli 1917. **Der Magistrat.**

Stadt-Theater Halle
Direktion: **Leopold Sachse.**
(Im Stadttheater.)
Donnerstag, den 12. Juli 1917:
Flachsmann als Erzieher.
Komödie in 3 Aufzügen von Otto Ernst.
Freitag: 1141
Der Bettelstudent.

Bad Wittekind
Heute abend 8 Uhr:
Militärkonzert *569
der Kapelle d. 13. Landsturm-Inf.-Ers.-Batls. (IV/31).
Eintrittspreis 35 Pf.
Dauerkarten haben Gültigkeit.

Bad Wittekind
Anläßlich des Rektoratswechsels bei der Kgl. Universität:
Donnerstag, 12. Juli 1917, abends 8 Uhr:
Militärkonzert
ausgeführt von der Kapelle des 13. Landst.-Inf.-Ers.-Batl. (IV/31).
Leitung: *567
Kapellmeister **R. Höning.**
Eintrittspreis 35 Pf.
Dauerkarten haben Gültigkeit.

Zoo!
Donnerstag, d. 12. Juli 1917, nachm. 4 Uhr und abends 7½ Uhr:
Konzert
vom Stadttheater-Orchester.
Solist im Abend-Konzert:
Opernsänger Emil Fischer
(Mitglied des Halleschen Stadttheaters).
Leitung: *568
Kapellmeister **Karl Nöhren.**
Eintrittspreise:
Erwachs. 50 Pfg., v. 7 Uhr abds. an 35 Pfg., Kinder 20 Pfg., Militär ohne Dienstgrad zahlt vorm. 10 Pfg., nachm. 20 Pfg.
Bei ungünstig. Wetter finden die Konzerte im Saale statt.

Lumpen, Knochen, Eisen,
1062 Metalle, Papier kauft
Albert Bode jun., Große Klausstr. 22.

Apollo-Theater.
Heute, abds. 8 Uhr, n. 1. Male:
„Susanne im Bade“
Ausstatt.-Burleske i. 8 Akten von **W. Gerike.** 1139
Musik von **R. Schmidt** mit **Willi Schenk** in der **Hauptrolle.**

Kauft das gute Scheffs Brot
zu haben:
in den durch Plakate kenntlich gemachten Verkaufsstellen in allen Teilen der Stadt.
Dampf-Brotfabrik Halle a/S.
Königigerstr. 12. Fernsp. 1011.
1061

Strickwolle und Lumpen
kauft 1063
A. Rein, Königsberg 5. Tel. 2409.

Verband d. Steinsetzer, Halle.
Am Sonntag abend verschied nach kurzem Krankenlager unser alter Kollege, der Steinsetzer-Invalide
Hermann Saalfeld,
im 67. Lebensjahre.
Den Heldentod erlitt auf dem Schlachtfelde unser treuer Kollege
Hermann Maass,
am 2. Juli im Alter von 35 Jahren.
Die Kollegen werden dieselben in ehrendem Andenken behalten! 1135
Die Ortsverwaltung.

Plötzlich und unerwartet erhielten wir die tieftraurige Nachricht, daß mein inniggeliebter, herzensguter Mann, unser treusorgender, lieber Vater, lieber Schwiegersohn, guter Bruder, Schwager und Onkel, der **Kanonier**
Hermann Mass,
Inhaber des Eisernen Kreuzes 2. Klasse,
am 2. Juli im 35. Lebensjahre den Heldentod erlitten hat.
In tiefem, unsagbaren Schmerze 1133
Emma Maass, verw. Hützer, geb. Stummer
und Kinder, nebst allen Angehörigen.
Halle (S.), Große Wallstraße 14, den 10. Juli 1917
und Magdeburg.
Ich habe ein kurzes, schönes Glück besessen,
Drum schlummere auf ewig unvergessen.

Nachdem er seit Kriegsanfang in unerschütterlicher Beharrlichkeit für Ehre und Freiheit des Vaterlandes gestritten hat und zweimal verwundet worden ist, erlitt am 4. Juli am Hochberg nunmehr auch mein ältester Sohn, unser lieber Bruder, Schwager, Onkel, Enkel und Neffe,
der Gefreite Karl Hallupp,
Inhaber des Eisernen Kreuzes 2. Klasse,
den Heldentod.
Halle a. S., den 10. Juli 1917. 1142
In tiefstem Herzeleid
Karl Hallupp,
Willy Hallupp, z. Zt. in Gefangensch.
Frieda Hallupp,
Helene Hallupp, als Schwägerin.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170711-16/fragment/page=0004

Unterhaltungs-Beilage
des Hallischen Volksblattes.

Halle, 11. Juli. — Nummer 160 — 1917

23]

Ekkehard.

Historischer Roman von **Joseph Viktor v. Scheffel.**

Des Mittags saß Audifax wieder auf seinem Steinblock. Aber es perlten keine Tränen mehr in seinen scheuen Augen; seit langem zum erstenmal war die alte Sackpfeife wieder mit ihm auf die Ziegenhut ausgezogen, der Wind trug die Klänge ins Tal hinab. Vergnügt kam seine Freundin Hadumoth zu ihm herüber: „Wollen wir wieder Seifenblasen machen?“ frug sie ihn.

„Ich mache keine Seifenblasen mehr!“ sprach Audifax und blies auf seiner Pfeife weiter. Dann stieg er auf, sah sich sorgsam um, zog Hadumoth zu sich — sein Auge glänzte seltsam: „Ich bin beim heiligen Mann gewesen,“ raunte er ihr ins Ohr, „heut nacht heben wir den Schatz. Du gehst mit.“ Hadumoth versprach's ihm.

Der dienenden Leute Nachtessen in der Gesindestube war zu Ende; gleichzeitig stunden sie alle von ihren Bänken auf und stellten sich in die Reihe; zu unterst waren Audifax und Hadumoth gesessen, die junge Hirtin sprach den grobkörnigen Menschen das Gebet vor, sie zitterte heut mit der Stimme . . .

Eh' der Tisch abgeräumt war, huschte es wie zwei Schatten zu dem noch unverschlossenen Burgtor hinaus, es waren die zwei Kinder, Audifax ging voran. „Die Nacht wird kalt sein,“ hatte er zu Hadumoth gesagt und ihr ein langhaariges Ziegenfell umgeworfen. Da wo der Berg jäh nach Süden hin abfällt, war ein alter Erdwall gezogen, dort machte Audifax Halt — sie waren vor dem Herbstwind geschützt. Er streckte seinen Arm in gerader Richtung aus: „Ich meine, hier soll's sein!“ sprach er. „Wir müssen noch lange warten, bis Mitternacht.“

Hadumoth sprach nichts. Die beiden setzten sich dicht nebeneinander. Der Mond war aufgegangen, sein Licht zitterte durch halbdurchsichtiges Gewölk. Auf der Burg oben waren etliche Fenster hell, sie saßen wieder über dem Virgilius droben. Am Berg war's still, selten strich der Schleiereule heiserer Ruf herüber. Nach langer Frist fragte Hadumoth schüchtern: „Wie wird's werden, Audifax?“

„Ich weiß nicht,“ war die Antwort. „Es wird einer herkommen und wird ihn herbringen, oder die Erde tut sich auf, und wir steigen hinunter, oder . . .“

„Sei still,“ sprach Hadumoth, „ich fürcht' mich.“

Und wieder war eine gute Frist vergangen, Hadumoth hatte ihr Haupt an Audifax' Brust gelehnt und war eingeschlummert, er aber rieb sich den Schlaf aus den Augen, dann schüttelte er seine Gefährtin. „Hadumoth,“ sprach er, „die Nacht ist lang, erzähl' mir was.“

„Mir ist was Böses eingefallen,“ sprach sie. „Es war einmal ein Mann, der ging pflügen ums Morgenrot, da pflügte er den Goldzwerg aus der Furche, der stand vor ihm und grinste ihn freundlich an und sprach: Nimm mich mit! Wer uns nicht sucht, dem gehören wir, wer uns sucht, den erwürgen wir . . . Audifax, ich fürcht' mich.“

„Gib mir deine Hand,“ sagte Audifax, „daß du mutig bleibest.“

Die Lichter auf der Burg waren erloschen. Dumpfer Hornruf des Wächters auf dem Turm kündete Mitternacht. Da kniete Audifax nieder, und Hadumoth kniete neben ihn, er hatte seinen Holzschuh vom rechten Fuß gezogen, daß er mit nackter Sohle auf dem dunkeln Erdreich aufstand, den Pergamentstreifen hielt er in der Hand, und mit fester Stimme sprach er die Worte, deren Sinn ihm fremd:

**Auri sacra fames, quid non mortalia cogis
Pectora?**

er hatte sie wohl behalten. Und auf den Knien blieben die beiden und harrten dessen, was da kommen sollte . . . Aber es kam kein Zwerg und kein Riese, und die Erde tat sich auch nicht auf; die Gestirne glänzten zu ihren Häupten kalt und fern, kühl wehte die Nachtluft . . . Doch über einen Glauben so fest und tief, wie den der beiden Kinder, soll niemand lachen, auch wenn damit keine Berge versetzt und keine Schätze gefunden werden.

Jetzt hub sich ein unsicheres Leuchten am Himmelsgewölb, eine Sternschnuppe kam geflogen, ein flimmernder Glanzstreif zeichnete ihre Bahn, viel andere folgten nach — „es kommt von oben,“ flüsterte Audifax und preßte krampfhaft das Hirtenkind an sich, auri sacra fames . . . rief er noch einmal in die Nacht hinaus, strahlend kreuzten sich die Meteore, das erste erlosch, das zweite erlosch — es war wieder ruhig am Himmel wie zuvor . . .

Lang und scharf sah sich Audifax um. Dann stand er betrübt auf: „Es ist nichts,“ sagte er mit zitternder Stimme, „sie sind in See gefallen. Sie gönnen uns nichts. Wir werden Hirten bleiben.“

„Hast du des heiligen Mannes Spruch auch recht gesagt?“ fragte ihn Hadumoth.

„Wie er ihn mich lehrte.“

„Dann hat er dich nicht den rechten gelehrt. Er wird den Schatz selber heben. Vielleicht hat er ein Netz dorthin gelegt, wo die Sterne fielen . . .“

„Das glaub' ich nicht,“ sprach Audifax. „Sein Antlitz ist mild und gut, und seine Lippen sprechen kein Falsch.“

Hadumoth sann nach.

„Vielleicht weiß er den rechten Spruch nicht?“

„Warum?“

„Weil er den rechten Gott nicht hat. Er hat den neuen Gott. Die alten Götter waren auch stark.“

Audifax hielt seiner Gefährtin die Finger an die Lippen. „Schweig!“ sprach er.

„Ich fürchte mich nicht mehr,“ sagte Hadumoth. „Ich weiß noch eine andere, die versteht sich auch auf Sprüche.“

„Wen?“

Hadumoth deutete hinüber, wo aus langgestrecktem Tannensaum ein dunkler Bergkegel steil aufstieg. „Die Waldfrau!“ antwortete sie.

„Die Waldfrau?“ sprach Audifax erschrocken. „Die, die das große Gewitter gemacht, wo die Schloßen so groß wie Taubeneier ins Feld einschlugen, und die den Centgrafen von Hilzingen gefressen hat, daß er nimmer heimkam?“

„Eben darum. Wir wollen sie fragen. Die Burg ist uns doch verschlossen und die Nacht kalt.“

Das Hirtenmägdlein war keck und mutig geworden. Das Mitleid um Audifax war groß in ihr; sie hätte ihm so gern zu seiner Wünsche Erfüllung verholfen. „Komm!“ sprach sie lebhaft, „wenn dir's bange wird im Wald, so blas auf deiner Pfeife. Die Vögel antworten. Es geht dem Morgen entgegen.“

Audifax erhob keinen Einwand mehr. Da gingen sie miteinand durch dichte Gehölz nordwärts, es war ein dunkler Tannenwald, sie kannten den Pfad. Niemand war des Weges. Nur ein alter Fuchs stand lauernd auf einem Rain, aber er war vom Erscheinen der beiden Kinder so wenig befriedigt, als diese von den schnell verflogenen Sternschnuppen.

Auch bei Füchsen kommt oft etwas ganz anderes, als sie wünschen und erwarten. Darum zog er seinen Schweif ein und schlug sich seitwärts.

Sie waren ein Stunde weit gegangen, da stunden sie vor dem Fels Hohenkrähen. Zwischen Bäumen versteckt stund ein steinern Häuslein; sie hielten. „Der Hund wird Laut geben!“ sprach Hadumoth. Aber kein Hund rührte sich. Sie traten näher, die Tür stand offen.

„Die Waldfrau ist fort!“ sprachen sie. Aber auf dem Fels Hohenkrähen brannte ein verglimmend Feuerlein. Dunkle Gestalten regten sich. Da schlichen die Kinder den Felspfad hinauf.

Schon stand ein heller Luftstreif hinter den Bergen am Bodensee. Es ging steil in die Höhe. Oben, wo das Feuer glimmte, war ein Felsenvorsprung. Eine breitgipflige Eiche breitete ihre dunklen Aeste aus. Da duckten sich Audifax und Hadumoth hinter einen Stein und schauten hinüber. Es war ein Tier geschlachtet worden, ein Haupt, wie das eines Pferdes, war an den Eichstamm genagelt, Spieße standen über dem Feuer, Knochen lagen umher. In einem Gefäß war Blut.

Um einen zugehauenen Felsblock saßen viele Männer, ein Kessel mit Bier stand auf dem Stein, sie schöpften daraus mit steinernen Krügen.

An der Eiche kauerte ein Weib. Sie war nicht so liebreizend wie jene alemannische Jungfrau Bissula, die dem römischen Staatsmann Ausonius einst trotz seiner sechzig Jahre das Herz berückte, daß er idyllendichtend auf seiner Präfekturkanzlei einherschritt und sang: „sie ist von Augen himmelblau, und golden das rötliche Haar, ein Barbarenkind, hoch über allen Puppen Latiums, der sie malen will, muß Rosen und Lilien mischen.“ Das Weib auf dem Hohenkrähen war alt und struppig.

Die Männer schauten nach ihr. Zusehends hellte sich der Himmel im Osten. In die Nebel über dem See kam Bewegung. Jetzt warf die Sonne ihre ersten Strahlen vergüldend über die Berge, bald stieg der feurige Ball empor, da sprang das Weib auf, die Männer erhoben sich schweigend; sie schwang einen Strauß von Mistel und Tannreis, tauchte ihn in das Gefäß mit Blut, sprengte dreimal der Sonne entgegen, dreimal über die Männer, dann goß sie des Gefäßes Inhalt in das Wurzelwerk der Eiche.

Die Männer hatten ihre Krüge ergriffen, sie rieben sie in einförmiger Weise dreimal auf dem geglätteten Fels, daß ein summendes Getön entstand, hoben sie gleichzeitig der Sonne entgegen und tranken aus; im gleichen Takte setzte jeder den Krug nieder, es klang wie ein einziger Schlag. Dann warf ein jeglicher seinen Mantel um, schweigend zogen sie den Fels hinab.

Es war die Nacht des ersten November.

Wie es still geworden auf dem Platz, wollten die Kinder vortreten zur Waldfrau. Audifax hatte sein Streiflein Pergament zur Hand genommen — aber das Weib riß einen Feuerbrand aus der Asche und schritt ihnen drohend entgegen.

Da flohen sie in Hast den Berg hinunter.

(Fortsetzung folgt.)

Alte Kleiderordnungen.

In der vielgepriesenen guten alten Zeit wurden im Leben der Bürger die Standes- und Rangunterschiede aufs stärkste betont. In Wittenberg gab es im Jahre 1533 drei verschiedene Begräbnisklassen: „gemein Mensch, mittelmeßige Bürger und redliche Leute“; ganz allgemein wurden nur die Angehörigen der ersten Klasse mit Glockenklang und — je nachdem — mit der „ganzen“ oder „halben Schule“ beerdigt. Viel mehr als die Toten waren jedoch die Lebenden solchen in jeder Hinsicht peinlichen Unterscheidungen unterworfen. Diese „Vielregiererei“ erstreckte sich bis auf die gleichgültigsten, nebensächlichsten Dinge. Am 12. Februar 1682 erließ Kurfürst Johann Georg II. von Sachsen sogar eine Schlittenfahrtordnung: „Wer mit Geläute und ohne Geläute, zweispännig oder nur im Rennschlitten fahren oder sich dessen enthalten solle.“

Vor allem in den zahlreichen, zahllosen **Kleiderordnungen** traten diese Bestrebungen äußerlich sichtbar in die Erscheinung. Die Frankfurter Juden, die nicht auf dem ebenen „Bürgersteige“ wandeln durften, waren durch die gelben Tupfen an ihren Hüten und die „Gänsefüße“ an ihren Kleidern jedermann kenntlich. Aber auch andern Leuten konnte man es ansehen, welches Standes sie waren. Nach einer Leipziger Polizeiverordnung vom Jahre 1506 durfte die Frau eines Ratsherrn kein Kleid, das teurer als 40 Gulden war, eine Bürger- oder Handwerkersfrau keins, das mehr als 15 Gulden kostete, tragen, und die gewöhnlichen Weiber sollten durch die Bank in kurzen gelben Mänteln mit blauen Schürzen gehen. Diesem letzteren Mangel suchten sie durch desto längere Schürzen abzuhelfen, die sie über ihren kurzen Röcken trugen, eine Leipziger Eigentümlichkeit, über die sich die Meßfremden noch zu Anfang des vorigen Jahrhunderts wunderten . Und noch im Jahre 1750 wurde eine neue umständliche Kleiderordnung für ganz Sachsen erlassen, die auch den Männern aller Stände genau vorschrieb, was sie tragen durften, und was nicht, und die sich nicht einmal nur auf die Personen beschränkte, sondern bis auf die Einrichtung der Zimmer, ja die Ausstattung der Särge erstreckte.

Aus einer scharfen Verordnung des Kurfürsten Joachim Friedrich von Brandenburg über „standesgemäße“ Kleidung erfahren wir, daß es damals schon vier Stände gab, für die er genau bestimmte „Höchstgrenzen“ festsetzte. Aber das war es gerade! Jeder einzelne — und alle miteinander — strebten und lebten über ihren Stand. Als Kaiser Karl IV. im Jahre 1377 Magdeburg besuchte, entfalteten die dortigen reichen Bürgerfrauen eine solche Ueppigkeit, daß sie die Kaiserin mit Fürstinnen verglich, und daß ihr Gefolge sich nicht am Tanze zu beteiligen wagte. Selbst Reichstage haben sich vergebens bemüht, Wandel zu schaffen; z. B. wurde im Jahre 1530 zu Augsburg eine „neue kaiserliche Ordnung“ zur „Einschränkung des Kleiderprachts“ erlassen. Im Laufe der Jahrhunderte wurde wohl jedes neue Kleidungsstück vom Kopfputz und der Halskrause bis herunter zum Schuh einmal „grundsätzlich“ verboten, aber — die Ausnahmen! Im einzelnen verlangte und erlangte man immer wieder Nachsicht. Als es die Regensburger Frauen im 15. Jahrhundert einmal allzu üppig trieben, wurde ihre Putzsucht dergestalt gezügelt, daß sie — immer nur 18 Röcke und Mäntel auf einmal in Besitz haben sollten! Eine sächsische Polizeiverordnung vom Jahre 1482 setzte fest, daß eine Bürgerliche ein seidenes und zwei gestickte Kleider im Werte von je 120 Gulden, eine Adlige aber ebenfalls drei Kleider, von denen jedes 150 Gulden kosten durfte, „übereinander“ tragen möge. Die Folge dieser „Beschränkung“ war, daß um die Jahrhundertwende „bei Kindtaufen, Hochzeiten usw. manches Frauenzimmer sich wohl dreimal an einem Tage umkleidete“! Im Jahre 1356 erging eine Verordnung, die Frauen sollten „nicht Krausen und Hüllen tragen, die mehr als sechsfach gefältelt wären, sie seien seiden oder linnen“. Bald danach kamen die spanischen „Mühlsteinkrausen“ auf, und nun wurde die Verschwendung noch viel ärger. Gar, als dann die Schleppen Mode wurden, die so lang waren, daß sie sich die Damen von ihrem „Leibpagen“ nachtragen lassen mußten, und — als Männertracht — die geschlitzten Pluderhosen, zu deren Herstellung und Ausputz man bis zu 130 Ellen Zeug brauchte! Selbst aus den Särgen ließ man ellenlange Trauerflore nachschleifen; der Hofnarr Augusts des Starken, Kaspar Fröhlich, der in dem jetzt noch erhaltenen „Narrenhäuschen“ am Neustädter Zugang zur Dresdner Brücke wohnte, lief im Jahre 1731, als sein „alter ego“ am Berliner Hofe, Freiherr v. Gundling, gestorben war, um diese Unsitte zu verspotten, mit einem sieben Ellen langen, wehenden Schleier durch die Straßen.

Die immerwährenden, weil fruchtlosen Verordnungen gegen diese Auswüchse und Uebertreibungen hatten keineswegs etwa den Zweck, einen Ausgleich zwischen den einzelnen Ständen herbeizuführen. Meist wollte die Obrigkeit damit nur der Verschwendung Einhalt tun, da sie das Geld oft zu wichtigeren Dingen nötiger brauchte; vielfach wollte man dadurch auch der übermäßigen Verwendung fremder Tuche und anderer ausländischer Waren steuern, um das einheimische Gewerbe leistungsfähig zu erhalten. Namentlich die dahin gehenden Bestrebungen König Friedrich Wilhelms I. von Preußen, der seinen Landeskindern, wenn sie holländischen Kattun trugen, die Kleider eigenhändig vom Leibe riß, sind bekannt. An und für sich sind aber derartige Erwägungen schon viel früher geltend gemacht worden. Schon vor dem Dreißigjährigen Kriege reimte man:

Behielte jedes Land seine Weise,
Seine Kleidertracht, seinen Trank und seine Speise,
Ließe man England seine Wolle und Tuch,
Indien seine Gewürze und Wohlgeruch,
Welschland seine Leckerei und stolze Pracht,
Frankreich und Spanien seine Kleiderpracht,
So stünd es besser in der Welt
Und wir Deutschen behielten unser Geld.

Genützt aber hat das alles nichts. Vergebens wurde gedroht und manchmal auch wirklich gestraft: in einzelnen, besonders schlimmen Fällen ging es tatsächlich um Ehre und Leben! Vergebens las schon Sebastian Brant in seiner derben, grimmigen Sprache allen, „die es angeht“, den Text:

Was eine Gans von der andern sieht,
Darauf ohn Unterlaß sie dicht't . . .

Ein Grund, weshalb es nicht besser wurde, war, daß das gute Beispiel „von oben“ fehlte. Die Höfe wirkten in dieser Hinsicht — Ausnahmen bestätigen die Regel — ganz und gar nicht als Erzieher. Sie übertrumpften einander selbst an schwelgerischer Prachtentfaltung. August der Starke, Graf Brühl, Graf Flemming, Prinz Heinrich von Preußen gingen am Dresdner Hofe (letzterer am 30. Juni 1778) im Glanze von Juwelen, die Millionen kosteten, einher. Aber ganz abgesehen von diesem Zeitalter des Absolutismus, auch viel früher, in viel sparsameren Zeitläuften läßt sich gleiches nachweisen. Verschrieb doch selbst der haushälterische „Vater August“, als er im Frühjahr 1586 mit einer blutjungen, kaum noch dem Kindesalter entwachsenen anhaltischen Prinzessin zum zweitenmal Hochzeit hielt, für ihren feierlichen Einzug in Dresden „vierhundert Mann vom Landadel, alle in schwarzsamtnen Röcken und goldenen Ketten darüber, schwarzen und gelben Federn auf Braunschweiger Hüten“. Ein gewisses Recht dazu leitete sich wohl daher, daß die Fürsten anfänglich ihrem Gefolge an Stelle von gemünztem Lohn Nahrung und auch die Kleidung reichten; infolgedessen trugen alle ihre Mannen ihre „Farben“. Ob auch Kurfürst August diese vierhundert Edelleute noch kleidete, steht dahin; daß er ihnen aber die goldenen Ketten lieferte, darf billig bezweifelt werden. In einer wenig älteren Magdeburger Bestimmung: „Des Rades der Oldenstadt Magdeborch Ordenunge auer Jelöffte, Wertschop' und Kleydunge“ (vom Jahre 1544) war bestimmt, die goldenen Ketten der Patrizierfrauen sollten nicht über 40 rheinische Goldgulden schwer sein, und ihr bester Leibgürtel nicht mehr als 16 Lot an Silberwerk enthalten. Danach läßt sich ungefähr ermessen, was solch ein landesherrlicher Wunsch bisweilen kostete. — Dabei war bekanntlich Kurfürst August besonders für sparsame Wirtschaft, und so mochte er auch von allen „Ausnahmen“ wider sein Gebot nichts wissen. Schon bald nach seinem Regierungsantritt erließ er eine einfachere Hochzeitsordnung. Als dessen ungeachtet Dr. Wenzelaus Naumann Erben zu Dresden um die Erlaubnis nachsuchten, mehr Gäste, als erlaubt war, zu bitten, befahl er ihnen zur Strafe, noch fünfzehn Tische mehr zu bitten, als sie eigentlich willens waren, oder für jeden fehlenden Gast einen Goldgulden zu zahlen.

Auch durch Tafelluxus suchte ein Stand den andern zu überbieten. Eine Berliner Polizeiverordnung vom Jahre 1355 „erlaubte“ beispielsweise achtzig Gäste zu einer bürgerlichen Hochzeit einzuladen und vierzig Schüsseln für sie aufzutragen! Vorher hatte man sich anscheinend in jeder Hinsicht noch mehr — erlaubt! Immer wieder neu aufgelegte Verordnungen wider den „Freß- und Saufteufel“ schrieben jedem Stande in jeder Stadt und Landschaft genau vor, wieviel Frauen beim „Kinderbrot“ und „Tröstelbeer“ zugegen sein, wieviel Tische bei Taufessen und Hochzeitsfeiern aufgeschlagen werden sollten; in Goslar regelte man das nach der Höhe der Mitgift der Braut: für jede erhaltene 2 Mark Silber konnte der junge Gatte eine Schüssel geben, aus der — zwei bis vier (!) Personen essen sollten! Auch das ist wieder einer jener dehnbaren Begriffe, für die nun einmal unsre Vorfahren eine ganz besondere Vorliebe hatten.

Kleines Feuilleton.

Wie Luthers Bibel gedruckt wurde.

Im Alter hat Luther einmal von seiner Bibelübersetzung geäußert: „Es glaubt niemand, was für eine Arbeit sie uns gekostet hat.“ Er hat sich die Sache aber auch wahrhaftig nicht leicht gemacht. So nahmen er und Melanchthon die Hilfe ihrer nächsten Freunde in Anspruch, „um die Ausdrücke richtig zu treffen“, ferner erkundeten sie sorgfältig den Wert der alten Münzen und ließen sich durch Spalatins Vermittlung eine Anzahl Edelsteine aus der kurfürstlich sächsischen Schatzkammer zur Ansicht kommen, um die Namen und Farben der in Offenbarung 21 genannten Kleinodien genau zu bezeichnen. Große Schwierigkeiten bereitete sodann der Druck zunächst des Neuen Testaments. Eingehend spricht darüber Prof. Wilh. Walther in seiner Festschrift: Luthers deutsche Bibel.

Schon vor dem 5. Mai 1522 konnte Luther einen Teil seiner Niederschrift dem Drucker Melchior Lotther in Wittenberg übermitteln. Spalatin erhielt am 10. Mai schon den Anfang des Druckes und Ende des Monats „den ganzen Matthäus“. Der Freund sollte die Bogen dem Kurfürsten Friedrich zeigen, denn nur ihm und dem Fürsten Johann gebe ein Exemplar zu. „Nicht einmal die in der Druckerei Arbeitenden bekämen ein Blatt ausgehändigt“, weil man unter allen Umständen verhindern wollte, daß einzelne Teile vielleicht in unberufene Hände gelangen und von betriebsamen Nachdruckern sogleich benutzt würden. Aus äußeren Zeichen kann man schließen, daß gleichzeitig in drei Abteilungen gesetzt und gedruckt wurde, nämlich an den Evangelien mit der Apostelgeschichte, den Briefen und der Offenbarung. Ende Juli waren drei Druckerpressen in Tätigkeit, und täglich wurden von ihnen 10 000 Blatt (also 5000 Bogen) abgezogen, von jeder einzelnen also 3333 Blätter. Diese Leistung erscheint erstaunlich, ist jedoch nicht unmöglich, wenn hinreichend für Arbeitsteilung und für Ablösung der Arbeiter gesorgt und an jenen hellen Tagen vom frühen Morgen bis zum späten Abend unausgesetzt geschafft wurde. Und auf größte Beschleunigung kam es allen sehr an. So gelang es, den Druck bis zum 21. September zu vollenden. Wieviel Exemplare abgezogen wurden, läßt sich nicht mehr errechnen. Der Titel, den Luther seinem Werke, für das er kein Honorar nahm, gab, lautete so einfach wie nur möglich: „Das Neue Testament. Deutsch. Wittenberg.“ Seinen Namen gab er nicht an. Der Preis betrug für ein Exemplar dieses Neuen Testaments anderthalb Gulden, ein hoher Betrag, der einem heutigen Geldwerte von etwa 40 Mk. entspricht. Trotzdem war die ganze Auflage so schnell vergriffen, daß schon im Dezember eine neue ausgegeben werden konnte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170711-16/fragment/page=0005

Aus der Provinz.

Zum Pilzesammeln.

Es wird uns geschrieben:

Die Pilze brauchen zu ihrem Wachstum feuchtes und warmes Wetter. Wenn es also nun einmal ein paar Tage hintereinander tüchtig geregnet haben wird, so daß die Erde gut durchfeuchtet ist, können wir etwa am zweiten oder dritten Tage mit Sicherheit eine gute Pilzernte erwarten. Das außerordentlich schnelle Wachstum wird verständlich, wenn man bedenkt, daß der Teil, den wir als „Pilz" sammeln, den Fruchtkörper eines Wurzelgeflechtes darstellt, welches schon seit Eintritt des wärmeren Wetters sich in der Erde entwickelt hat. Dieses Wurzelgeflecht wächst kreisförmig nach außen, jedes Jahr ein Stück weiter, und so wird es ferner klar, daß die Fruchtkörper am Rande des Kreises hervorwachsen; solche Pilzringe hat man wohl als „Hexenkreise" bezeichnet. Sie können sich zu ansehnlicher Größe entwickeln (bis 20 Meter im Durchmesser), und oft liefert ein einziger Ring so viele Pilze, daß mehrere Familien sich satt daran essen können. Weil das Wurzelgeflecht in der Erde (oder seltener in Baumstümpfen) wächst, ist es auch ganz gleichgültig, ob man die Pilze durch Abdrehen ganz herausstößt oder ob man sie abschneidet. Letzteres empfiehlt sich deshalb, weil man sonst Erde mit in den Sammelbeutel bekommt, die sich zwischen den Blättern festsetzt und schwer zu entfernen ist. Außerdem muß man aber, wie ich schon früher erwähnte, jeden Pilz möglichst der Länge nach durchschneiden, um sich zu überzeugen, ob er frei von Maden ist.

Bei den meisten Pilzen ist der Fruchtkörper aus Hut und Stiel zusammengesetzt, und nach deren Beschaffenheit lassen sich die einzelnen Arten unterscheiden. Die Sporen, das sind die Fortpflanzungswerkzeuge, sitzen an blatt- oder röhrenförmigen Lamellen auf der Unterseite des Hutes, und nach deren Gestalt ergeben sich die beiden Hauptgruppen der Blätter- und Röhrenpilze. Ich werde nachstehend versuchen, die bei uns besonders häufigen Arten kurz zu kennzeichnen. Es dürfte sich empfehlen, diese kurzen Beschreibungen auszuschneiden und aufzubehalten, um etwa gefundene Pilze leicht zu erkennen. Für alle diejenigen aber, welche sich zum ersten Male mit diesen eigenartigen Gewächsen beschäftigen und sie als Nahrungsmittel sammeln wollen, ist es unerläßlich, sie mit den auf dem Wochenmarkte zum Verkauf ausliegenden oder in der Turnhalle der Kasinoschule ausgestellten zu vergleichen oder in der Beratungsstelle, die später an mehreren Wochentagen zugänglich gemacht werden soll, zur Bestimmung vorzulegen. Bei diesen Vorsichtsmaßregeln werden Vergiftungen kaum zu befürchten sein.

Auf grasigen Feldwegen und Wiesen wachsen der Nelkenblätterpilz und der Feld-Champignon, beide sind Blätterpilze.

Nelkenblätterpilz. In Kiefernwäldern, von angenehmem Geruch, in allen Teilen ledergelb, feucht etwas dunkler, mit nähem Stiel und dünnem, weißerem Hut, 3 bis 5 Zentimeter breit, 5 bis 7 Zentimeter hoch. Juli bis September. Als Suppenpilze sehr beliebt, auch zum Trocknen besonders gut geeignet.

Feld-Champignon. Ueberall da häufig, wo Pferdedung verwest ist, also an Straßenrändern, auf Feldwegen, Komposthaufen, Wiesen vom Juli bis in den Herbst. Weiß bis bräunlich, oft mit braunen Schuppen auf dem 5 bis 8 Zentimeter großen Hut, dickfleischig und von anisartigem Geruch. Stiel mit einem weißen Ringe im obern Teil. Lamellen grau, sehr bald rosa gefärbt, später braun und schwarz. — Einer unserer häufigsten und zugleich schmackhaftesten Pilze, der auf sehr verschiedene Weise zubereiten läßt. Man sammle und, vor allem, kaufe keine Champignons mit schwarzen Lamellen — das sind immer die ältesten Stücke und meist auch voller Maden!

Im Laubwalde sind folgende Arten zu finden:

Champignon. Im Walde wachsen verschiedene Arten, alle mit weißem Hut und beringtem Stiel, an den bald rosa, später braun und schwarz gefärbten Lamellen gut kenntlich. Einige erreichen beträchtliche Größe (Hut bis 25 Zentimeter breit, Stiel bis 15 Zentimeter hoch und 3 Zentimeter dick); bei diesen großen Arten wird das Fleisch beim Putzen gelb, bei einer kleineren, deren Hut oben braun ist, wird es blutrot. Durch diese Verfärbung lasse man sich nicht abschrecken; sie sind keineswegs ein Anzeichen der Giftigkeit! — Alle Champignons lassen sich auch gut trocknen; leider bleiben sie später auch nach dem Aufweichen immer etwas zähe, sie geben aber der Brühe einen ausgezeichneten Geschmack.

Der Knollenblätterpilz ist der giftigste aller unserer Pilze, und sein Genuß ruft meist tödlich verlaufende Erkrankungen hervor. Er könnte allenfalls mit dem Champignon verwechselt werden, und wächst wie dieser im Laubwald, aber nur sehr selten in Ringen. Namentlich ganz junge Stücke von weißen Pilzen müssen stets genau untersucht werden! Sie sind beim Knollenblätterpilz von einer den ganzen Pilz einschließenden Haut umgeben, welche später zerreißt und auf der gelblichen Oberhaut des erwachsenen Pilzes in Form weißer Flocken zurückbleibt. Diese Flocken fehlen beim Champignon. Einen Ring am Stiel besitzen beide Arten; das Hauptkennzeichen des Giftpilzes aber sind die weißen Lamellen. Verwandt mit diesem ist der bekannte Fliegenpilz, dessen weiße Flocken sich von der scharlachroten Oberhaut malerisch abheben, ferner der gleichfalls giftige braune, weißflockige Panterpilz und endlich der Perlschwamm mit bräunlichen Flocken auf dem rotbraunen Hute. Das Fleisch der letzten, nach dem Abziehen der Oberhaut genießbaren Art wird bei Verletzungen sehr bald rot.

Schirmpilz. Eine unserer größten Arten, bis 30 Zentimeter breit und hoch. Hut erst eiförmig, so daß der ganze Pilz einem Wanderstöckchen ähnlich ist, später schirmartig ausgebreitet, weiß oder bräunlich, mit großen braunen Schuppen bedeckt. Stiel unten knollig, oben mit einem verschiebbaren Ring, gleichfalls braunschuppig. Lamellen weiß. — Dieser Pilz schmeckt ähnlich wie der Champignon, ist aber ziemlich zähe und wird am besten wie „Suppengrünes" zum Würzen der Fleischbrühe benutzt.

Merseburg. Die Maßnahmen gegen Massenkündigungen waren bekanntlich nötig, da die hiesigen Hausbesitzer zum 1. Juli Hunderten von Familien gekündigt hatten, da sie ihre Wohnungen zu weit höherem Preis an unverheiratete Industriearbeiter als Schlafburschen vermieten konnten. Vergeblich hatte der Magistrat daraufhin angeboten, welche ihnen die städtischen Hypotheken kündigten. Dann griff der stellvertretende Kommandierende General des 4. Armeekorps mit der Verordnung ein, wonach verboten wird, die Räumung von Mietwohnungen durchzuführen, so lange der bisherige Mieter nicht ein angemessenes Unterkommen gefunden hat. Wie man jetzt dazu erfährt, sind es weit über 300 Familien, die durch diese Maßnahme vor dem Schicksal bewahrt wurden, mit ihrem Hausrat auf die Straße gesetzt zu werden.

— Ausgabe von Lebensmitteln. Für die Woche vom 16. bis 22. Juli werden auf den Kopf der Bevölkerung zugeteilt: 150 Gramm Grieß zum Preise von 9 Pf. auf Bezugsschein Nr. 28, 75 Gramm Erbsen zum Preise von 8 Pf. auf Bezugsschein Nr. 29, 75 Gramm Pflaumen-, Apfel-Marmelade zum Preise von 11 Pf. auf Bezugsschein Nr. 30, 100 Gramm Kaffee-Ersatz zum Preise von 80 Pf. auf Bezugsschein Nr. 31. Die Abgabe der Bezugsscheine Nr. 28, 29, 30 und 31 hat am Mittwoch, den 11., und Donnerstag, den 12. d. M., von morgens 7 Uhr bis abends 8 Uhr in den hiesigen Lebensmittelgeschäften zu erfolgen. Später können die Bezugscheine unter keinen Umständen mehr angenommen werden. Der Verkauf der zugeteilten Ware erfolgt von Donnerstag, den 19. Juli, ab bis einschließlich Sonnabend, den 21. Juli 1917, gegen Abgabe des Quittungsabschnittes.

Leuna. Doppelt angemeldet und doppelt versorgt. Der 17jährige Arbeiter Krakowack aus Merseburg hatte eine dreimonatige Gefängnisstrafe verbüßen müssen, weil er in Leuna Diebstähle begangen hatte. Nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis lernte er einen Arbeiter Richter kennen, der sich durch geschicktes Vorgehen in den Besitz von Anmeldescheinen der Gemeinde Daspig gesetzt hatte. Richter ließ sich von der Tochter des Gemeindevorstehers in dessen Abwesenheit einige Abmeldescheine geben, mit dem Bemerken, daß die Namen von dem Montageleiter selbst noch eingesetzt würden. Die Leute müßten noch in dieser Nacht nach einem anderen Ort aufbrechen und könnten nicht selbst kommen. Das Mädchen unterstempelte denn auch die unausgefüllten Scheine mit dem Gemeindesiegel. Die Abmeldescheine wurden dann von Richter mit falschen Eintragungen versehen und dem Krakowack übergeben. Weil letzterer sich zu gleicher Zeit zweimal angemeldet hatte, nahm man an, daß sich K., um dies zu erreichen, der falschen Abmeldungen bedient habe. Er bezog durch das doppelte Anmelden in Merseburg und Korbetha Brot-, Fleisch-, Fett- und sonstige Lebensmittelkarten. Das Brot verkaufte er dann zu Wucherpreisen an die belgischen Arbeiter in Leuna. Er nahm für ein 3-Pfund-Brot 3 Mk. Außerdem kaufte er sogenanntes markenfreies Brot bei einem Merseburger Bäcker und zahlte dafür 1,50 Mk. Auch dies Brot verkaufte er in der angegebenen Weise. Er machte dabei ein so gutes Geschäft, daß er sich vollständig neu einkleiden und davon leben konnte. Er mußte sich jetzt wegen wucherischer Preisforderung und Urkundenfälschung verantworten. Er bestreitet die Urkundenfälschung. Zu seiner Anmeldung habe er sich des Entlassungsscheines aus dem Gefängnis bedient. Da dieser nicht abgefordert wird, besteht die Möglichkeit, sich auch anderwärts mit Hilfe dieses Scheines anzumelden. Es scheint natürlich möglich, ob ein Gefängnisentlassungsschein als Abmeldemittel und Anmeldeschein benutzt werden darf. Das Gericht sprach den Angeklagten schließlich von der Anklage der Urkundenfälschung frei, verurteilte ihn jedoch wegen wucherischer Preisforderung und Landstreicherei zu einem Monat Gefängnis und zwei Wochen Haft.

Krostitz. Versuchte Verleitung zum Meineid. Hier wiederholte sich wieder einmal eine den Gerichten schon bekannte leidige alte Geschichte. Der jetzt seit zwei Jahren im Felde stehende Maurer R. aus Klein-Krostitz war von einem polnischen Mädchen als Vater eines Kindes in Anspruch genommen worden. Weil er nicht gern zahlen wollte und vielleicht auch dachte, nicht der Vater zu sein, schrieb er an einen gleichfalls im Felde stehenden Freund, der mit ihm zusammen in der Wohnung der polnischen Mädchen gewesen war, einen Brief und forderte ihn auf doch zu beschwören, daß er auch mit dem Mädchen verkehrt habe. Es sei doch keine Gefahr für ihn, denn sein, des Schreibers Bruder, könne auch beschwören, daß er gesehen habe, daß ein intimer Verkehr stattgefunden habe. Jetzt mußte auch R. vor den den Militärgerichten zur Verfügung gestellt worden war, wegen versuchter Verleitung zum Meineid verantworten, denn sein Freund hatte den Brief bei seiner Vernehmung sofort den Gerichten überreicht. R. machte jetzt geltend, daß ihm sein Bruder erzählt habe, daß der andere mit dem Mädchen verkehrt habe. Er selbst sei bereits fortgegangen gewesen. Seine Lage gestaltete sich hierdurch außerordentlich günstig, doch schränkte er sich dann dahin ein, daß sein Bruder nur erzählt habe, daß gealbert worden sei. Antragsgemäß wurde er zu der Mindeststrafe von einem Jahre Gefängnis verurteilt.

Wittenberg. Lebensmitteldiebstähle. In der Nacht zum Sonnabend drangen Diebe von der Straße aus durch ein Kellerfenster in das Grundstück Lutherstraße 31b ein, begaben sich nach der Vorratskammer, erbrachen diese und stahlen dort Räucherwaren und Pökelfleisch. Von den Dieben fehlt jede Spur.

Sangerhausen. Eisenbahnunfall. Ein Polenmädchen hatte am Sonntag, als es in den Bahnwagen eingestiegen war, die Finger noch am Türpfosten des Abteils, als die Tür zuschlug. Die Finger wurden völlig zerquetscht. Das Mädchen fand sofortige Hilfe in der Sanitätsstation am Bahnhof. Die Finger jedoch dennoch verloren. Ein ähnlicher Fall soll sich vor einiger Zeit zugetragen haben.

Artern. Unfall. Der Arbeiter Rudolf Gröbel von hier, welcher seinem Vater beim Kirschenpflücken in Vorrieben behilflich war, wollte durch Schreckschüsse die Stare von den Kirschbäumen verscheuchen. Hierbei zersprang die Flinte und zerriß Gröbel die ganze Hand. Er wurde ins hiesige Krankenhaus gebracht.

Jena. Von der Zuckerverteilung hat die Einwohnerschaft seit der letzten Gemeinderatssitzung wenigstens etwas erfahren. Erst blieb die Verteilung von Zucker ganz geheim, dann gab es 3 Pfund pro Kopf und als man sich im Gemeinderat über die mangelhafte Verteilung beschwerte, rückte der Lebensmitteldirektor endlich mit der Ankündigung heraus, daß es noch einmal 2 bis 3 Pfund gäbe. Es scheint beinahe, als ob man glaubte, die Einwohnerschaft mit den ersten drei Pfund zufrieden stellen zu können. Denn warum bedarf es dann erst des Drängens der Gemeinderatsvertreter, um zu erfahren, was es gibt. Dieses wochenlange Hinhalten der Hausfrauen durch das Lebensmittelamt hat inzwischen schon manche erbitterte Aeußerung veranlaßt.

Allerlei.

Kapitalistischer Massenkauf eines „sozialdemokratischen" Buches.

Es ist aufgefallen, welche hohen Auflagen der Frankhsche Verlag in Stuttgart für den Verschleiß der imperialistischen Schreibereien des badischen Sozialdemokraten Anton Fendrich anzugeben hatte. Wer da glaubt, daß das deutsche Volk und seine Arbeiterschaft auf eigener Tasche die Groschen aufbrachte, um sich solche seichte Marktware anzuschaffen, wird durch die Reklame für den Absatz der Fendrichschen Schriften eines besseren belehrt. Hier der Inhalt eines Geschäftsbriefes vom März d. J.:

Ew. Hochwohlgeboren!

Es interessiert Sie gewiß, wenn wir Ihnen von den vielen Massenbeziehern der Flugschrift Fendrichs: „Ein Wort an die unten und die oben" einige nennen: Sächsischer Textilindustrie-Verband 5000, Deutscher Braunkohlenindustrie-Verein 5600, Mannesmannröhren-Werke Düsseldorf 5000, A.-G. für Anilinfabrikation 4400, Robert Rosch 4000, Westfälische Stahlwerke 2400, Schubert u. Salzer, Alfred Nobel u. Ko., Hannstädt-Werke, Daimlermotoren-Gesellschaft, Hedernheimer Kupferwerke, Sachsenfabrik Gritzner, Düsseldorfer Eisen- und Drahtindustrie, R. Stock u. Ko., Wegmann u. Ko., Fahrzeugfabrik Eisenach, Hannoversche Maschinenbau-A.-G., F. D. Riedel je 1000. Ein Frankfurter Anonymus bezog sogar 30000, eine Hamburger Firma 10000; ferner Behörden, Vereinigungen usw. bis zu 10000 Stück, so die Kgl. Landräte von Mörs, Teltow, Kreisausschuß Recklinghausen, Gemeinde- und Staatsverwaltungen von Barmen, Bettin, Godesberg, Theesen, Oberpleis, Hörde, Durlach u. v. a.

Bei großen Bezügen kommen wir Ihnen bis zur Grenze des Möglichen entgegen. Mit vorzüglicher Hochachtung

Frankhsche Verlagshandlung.

In einem besonderen Zirkular, das an die „Sehr verehrliche Direktion" gerichtet ist, wird die außerordentlich hohe Bewertung und Massenverbreitung der Schrift damit begründet, daß „noch nirgends Gesinnung, Bewegung und Kampfmittel unseres Hauptfeindes so klar nachgewiesen, so folgerichtig Zweck und Ziel unseres Ringens abgeleitet und zur Stärkung im Entschluß zum Ausharren und im Willen zum Sieg so packend erläutert worden sind, wie hier ..."

Deshalb ist auch nicht mehr wie recht und billig, daß die Kriegslieferanten von ihren Gewinnen ein Teilchen in Kriegsreklame anlegen. Daß ihnen dazu just das Buch eines — „Sozialdemokraten" als das zweckdienlichste Objekt erscheint — darauf wird Herr Anton Fendrich und sein regierungssozialistischer Anhang gewiß nicht wenig stolz sein.

Briefkasten der Redaktion.

Kriegerfrau S. T. Wenn die Reklamation Ihres im Felde stehenden Mannes keinen Erfolg hat, so läßt sich rechtlich nichts dagegen machen. Es kann nach einiger Zeit nur das Gesuch wiederholt werden.

Klein-Wittenberg. Auch einer Kriegerfrau kann die Wohnung gekündigt werden. Räumt sie letztere nicht freiwillig, so kann der Hauswirt das Amtsgericht anrufen, und dieses hat zu entscheiden, ob die Räumungsklage durchgeführt wird.

Waise, Schaffstädt. Nach § 19 des Einkommensteuergesetzes tritt eine Ermäßigung der Steuer nur für solche Kinder ein, denen „auf Grund gesetzlicher Verpflichtung" Unterhalt gewährt wird. Das ist doch bei den von Ihrer Tante übernommenen Kindern nicht der Fall. Es „kann" Ihnen aber auf Grund des § 20 des genannten Gesetzes eine Ermäßigung gewährt werden, wenn Sie durch den Unterhalt der Kinder wirtschaftlich belastet sind.

Alter Abonnent im Feld. Ein „Anspruch" auf Rückversetzung aus der Front wegen großer Kinderzahl besteht überhaupt nicht. Es kann ein entsprechender Antrag gestellt werden, auf den dann die Militärbehörde unter Würdigung aller Verhältnisse entscheidet. Jedenfalls werden hierbei nur eigene Kinder des Antragstellers berücksichtigt.

K. A. H. Die Militärrente (Grundrente) kann bei der Abschätzung zur Einkommensteuer mit herangezogen werden. Dagegen muß die Versicherungs- und Kriegszulage bei allen Veranlagungen zu öffentlichen Abgaben außer Ansatz bleiben.

R. St. 100. Bei der angegebenen Aeußerung liegt Beleidigung vor. Sie müssen erst zum Schiedsmann gehen. Erfolgt bei diesem keine Einigung, dann ist Klage beim Schöffengericht (Amtsgericht) zu erheben.

Bleichplan. Nach dem Feld- und Forstpolizeigesetz beträgt bei „Weidefrevel" einer Gans das Ersatzgeld 80 Pf. Die einzelnen Landkreise haben aber das Recht, diesen Betrag bis zur doppelten Höhe hinaufzusetzen. Sie müssen sich dort erkundigen, ob das in Ihrem Kreise geschehen ist.

Ein Zeitungsleser. Ein „Anspruch" auf Urlaub nach einem Jahr steht Ihnen nicht zu; der Urlaub „soll" nur „in der Regel" nach dieser Zeit gewährt werden.

Amtliche Wetteransage.

Mitgeteilt von der Wetterdienststelle Ilmenau.

Donnerstag, den 12. Juli: Wechselnde Bewölkung, vorwiegend trocken, mäßig warm.

Kaufen Sie Grundbesitz! Machen Sie sich seßhaft!

Das stärkt und festigt die Liebe zur Heimat und ist eine dauernde und sichere Geldanlage.

Wir haben

gute Zinshäuser, einfache und herrschaftliche,

schöne Landhäuser mit Vor- und Hintergarten,

ausgedehntes Ackerland zu Siedelungen, zu Kleingärten und dergleichen passend, zu verkaufen. — Selten günstige Gelegenheiten.

Treuhandgesellschaft m. b. H.,

Halle, Königstraße 5. — Fernsprecher 5723. *565

Für die Reise!

Sport-Oberhemden, leichte Unterwäsche, Socken, Handschuhe, Leinen-Kragen, weiche Kragen, Taschentücher,

Krawatten,

Gummi-Hosenträger, Endweltträger

in grosser Auswahl noch zu mässigen Preisen. *563

O. Blankenstein,

Leipzigerstr. 71. Gr. Steinstr. 36.

Pantoffeln, Hausschuh,

Riesen-Auswahl, 1137 vorteilhaft im Preis.

H. Elkan, Leipzigerstraße 87.

Klavier-, Violin-, Mandolin- und Gitarre-Unterricht erteilt 1064 **Wally Ax,** Torstraße 49

3 Geigen mit Kästen zu verk.

Ansichts-Postkarten

empfiehlt **die Volksbuchhandlung**

Arbeitsmarkt

Emaille-Schüsseln,

alle Grössen, sehr billig. 1145

C. F. Ritter, Leipzigerstrasse 90.

Mitglied d. R.-Sp.-Vereins.

1 Schlosser u. 1 Dreher,

ältere, zuverlässige Arbeiter für kleine Werkstatt **gesucht.**

Ingenieur Kuno Fischer,

Berlinerstraße 5. 1134

Diplom.-Schreibtische, Stehpulte, 40 Restaurationstische, Wiener Stühle, Marmortische, Bierdruck-Apparat, Billard m. vollst. Zubehör, Gartenstühle, Gartentische, Eisschrank verkauft

Friedrich Pelleke,

1146 Geiststraße 24/25.

Heimarbeit.

Maschinenstricker oder -Strickerinnen sucht bei gutem Lohn

Hermann Parreidt, Zörbig,

Kirchgasse Nr. 1. *577

empfiehlt die

Alle Parteischriften Volks-Buchhandlung,

Halle a. S., Har; 24/44.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191707 11-16/fragment/page=0006